

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode

**Enquete-Kommission
„Kultur in Deutschland“**

Protokoll Nr. 15/29

Bearbeiterin: RDn Mahler-Neumann

Wortprotokoll

(redigiert)

der 29. Sitzung (öffentlich)

der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland"

am Montag, dem 29. November 2004, 13.00 Uhr,
Berlin, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E 300

Einzigiger Tagesordnungspunkt:

**Öffentliche Anhörung zum Thema
"§ 96 Bundesvertriebenengesetz"**

Vorsitz: Abgeordnete Gitta Connemann

Experten:

HRIBERSKI, Michaela (Generalsekretärin Bund der Vertriebenen)

KABUS, Dr. Ronny (Direktor Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg)

LORENZ, Dr. Ulrike (Direktorin Ostdeutsche Galerie Regensburg)

POSSELT, Dr. Martin (Direktor Isergebirgs-Museum Neugablonz)

Gäste:

NEVERMANN, MD Dr. Knut (Leiter Abteilung Kultur und Medien bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien)

LIERENFELDT, MR Johannes (Leiter Referat V 7 im Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen)

RÖSNER-KRAUS, MR Dr. Walter (Leiter Referat V 3 im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)

Sitzungsbeginn: 13.15 Uhr

Die Vorsitzende: Ich darf Sie alle ganz herzlich zur 29. Sitzung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ begrüßen. Entschuldigt haben sich für diese Sitzung Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD) und Abg. Horst Kubatschka (SPD). Ich begrüße das neue Mitglied der Enquete-Kommission, Dr. Dieter Swatek (SV), der die Nachfolge unseres geschätzten Mitglieds Dr. Gerd Harms antritt. Dr. Swatek (SV) ist mir als außerordentlich kompetent in diesen Fragestellungen beschrieben worden. Er hat heute bereits in der AG I mitgearbeitet. Wir sind außerordentlich dankbar, dass Sie sich unserem Team anschließen. Wir wissen, dass es nicht leicht ist, sich in eine bestehende Arbeit einzufinden. Vielen, vielen Dank dafür. Und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich vielleicht für uns alle noch einmal kurz vorstellen könnten. Danke.

Dr. Dieter Swatek (SV): Vielen Dank für die freundlichen Worte. Ich will es kurz machen. Nachdem ich ca. 20 Jahre in der Bundesministerialverwaltung tätig gewesen bin, war ich zehn Jahre in Schleswig-Holstein, zum Schluss als Staatssekretär tätig und habe mich dort auch insbesondere mit kulturstrukturellen Fragen im Land Schleswig-Holstein befasst. Ich freue mich, hier mitarbeiten zu können und weiß, dass es sehr schwer sein wird, Dr. Gerd Harms zu ersetzen. Aber ich werde mich bemühen.

Die Vorsitzende: Ich wünsche uns eine gute Zusammenarbeit. Besonders begrüßen möchte ich die Sachverständigen sowie die vielen Gäste. Wie Sie aus der Tagesordnung entnehmen konnten, haben wir heute nur einen Tagesordnungspunkt, die öffentliche Anhörung zum Thema „§ 96 Bundesvertriebenengesetz“. Die Arbeitsgruppe I der Enquete-Kommission hat sich im Rahmen ihres Themenschwerpunktes „Die öffentliche und private Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur“ auch mit den Fragen der Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge beschäftigt, wie es gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz Bund und Ländern entsprechend ihrer Zuständigkeiten aufgegeben ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass wir im Vorfeld bereits eine umfassende Umfrage zu diesem Themenkomplex durchgeführt und darum auf schriftliche Stellungnahmen verzichtet haben. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind allen Kommissionsmitgliedern zur Verfügung gestellt worden. Nachdem mit dieser

Umfrage das ganze Spektrum der Positionen abgefragt worden ist, soll es in der heutigen Anhörung darum gehen, in einer kleineren Runde noch einmal die Kernpunkte herauszuarbeiten. Der dazu erstellte Fragenkatalog in K.-Drs. 15/258a liegt Ihnen allen vor und ist auch den Experten zur Kenntnis gegeben worden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich unsere Experten erneut ganz herzlich begrüßen und Ihnen dafür danken, dass Sie für die heutige Anhörung zur Verfügung stehen. Ich möchte Sie kurz vorstellen:

- Michaela Hriberski, Generalsekretärin des Bundes der Vertriebenen
- Dr. Ronny Kabus, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg
- Dr. Ulrike Lorenz, Direktorin der Ostdeutschen Galerie in Regensburg
- Dr. Martin Posselt, ehrenamtlicher Vorsitzender der Stiftung Isergebirgs-Museum Neugablonz.

Als Vertreter des Bundes bzw. der Länder begrüße ich:

- MD Dr. Knut Nevermann, Leiter der Abteilung Kultur und Medien bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)
- MR Johannes Lierenfeldt, Leiter des Referates V 7 im Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen
- MR Dr. Walter Rösner-Kraus. Er ist Leiter des Referats V 3 im Bayrischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Ich danke den Zuhörern für ihr Interesse an dieser Anhörung und wünsche uns allen eine erkenntnisreiche Sitzung. Erlauben sie mir vor Eintritt in die Anhörung noch einige verfahrenstechnische Hinweise. Die Kommission hat sich mit Rücksicht darauf, dass keine schriftliche Beantwortung des Fragenkataloges angefordert wurde, darauf verständigt, die Anhörung wie folgt durchzuführen: In einer ersten Runde erhält jeder Experte 15 Minuten Zeit, um auf die Fragen zu antworten, die er oder sie nach seiner oder ihrer eigenen Einschätzung beantworten kann und möchte. In einer zweiten Runde besteht Gelegenheit für Nachfragen seitens der Kommissionsmitglieder. In dieser Runde können auch Fragen an die Vertreter von Bund und Länder gestellt werden. Die Fragesteller bitte ich darum, sich maximal auf

zwei Fragen zu beschränken und deutlich zu machen, an wen sich die Fragen richten.

Dr. Martin Posselt: Ich bedanke mich für die Einladung und die damit verbundene Gelegenheit, zur Museumsförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz Stellung zu nehmen. Um die ersten drei Fragen des Fragenkataloges konkret beantworten zu können, gebe ich Ihnen einen kurzen Einblick in den Charakter der Einrichtung, die ich hier vertrete. Das Isergebirgs-Museum in Kaufbeuren-Neugablonz existiert seit eineinhalb Jahren. Es entstand aus dem Zusammenschluss zweier privater Sammlungen, die von zwei Museumsvereinen betreut wurden. Sie waren im „Gablonzer Haus“ untergebracht, das 1976 mit Hilfe der Stadt Kaufbeuren errichtet wurde. Es steht im Herzen des Kaufbeurer Stadtteiles Neugablonz und beherbergt neben dem Museum die Stadtbücherei, Tagungsräume und einen großen Versammlungssaal. Damit ist es ein klassisches Bürgerhaus für den nach dem Krieg von vertriebenen Sudetendeutschen aus Nordböhmen gegründeten Stadtteil. In Neugablonz wurde nach 1945 die weltbekannte Gablonzer Glas- und Bijouteriewarenindustrie wieder belebt. Sie baut strukturell auf der Zusammenarbeit kleiner Familienbetriebe auf, die sich die verschiedenen Fertigungsschritte untereinander aufteilen und Hand in Hand arbeiten. Deshalb erteilten die alliierten Behörden die Ausnahmegenehmigung für die geschlossene Ansiedlung der Isergebirgler am Rande von Kaufbeuren. Neugablonz wurde auf diese Weise die größte geschlossene Wiederansiedlung von Vertriebenen in Deutschland. Im Gablonzer Haus wurden in privatem Engagement ohne öffentliche Förderung zwei Museen aufgebaut: Ein Heimatmuseum für den nordböhmischen Bezirk Gablonz mit Bibliothek, Gemäldegalerie und Archiv und ein Stadtteilmuseum zur Geschichte von Neugablonz nach 1945, unterstützt durch den ansässigen Verband der Gablonzer Industrie. In einem mehrjährigen Prozess haben wir diese verschiedenen Vereine sowie den Heimatverband der vertriebenen Reichenberger zusammengeführt und eine neue Museumsträgerschaft entwickelt, die „Stiftung Isergebirgs-Museum“. Die wesentlich ältere Stadt Reichenberg (tschechisch Liberec), liegt nur 12 km von Gablonz/Jablonec entfernt. Sie war im 19. Jahrhundert die zweitgrößte Stadt Böhmens und im frühen 20. Jahrhundert so etwas wie die politische Hauptstadt der Sudetendeutschen. Das Gablonzer Haus wurde mit Förderung des Bundes und des Freistaates Bayern von 1998 bis 2002 räumlich erweitert. Es entstand ein neues

Museum mit wissenschaftlich fundierter Konzeption und hauptamtlicher Leitung. Im Juni 2003 wurde das Isergebirgs-Museum eröffnet und in die institutionelle Förderung des Freistaates Bayern übernommen. Mit 1300 qm Ausstellungsfläche gehört es zu den größten Privatmuseen in Bayern. Die Dauerausstellung ist leider noch nicht komplett fertig gestellt, insbesondere weil eine ursprünglich in Aussicht gestellte höhere Beteiligung des Bundes letztlich nicht zustande kam.

Die Konzeption des Museums verbindet den Anspruch, ein Regionalmuseum für die Geschichte der Deutschen in Nordböhmen zu sein. Es hat eine besondere wirtschafts- und sozialgeschichtliche Ausrichtung, d.h. ein Schwerpunkt liegt auf der Industriegeschichte Mitteleuropas im 18. bis 20. Jahrhundert. Vor dem 18. Jahrhundert war das Isergebirge nur dünn besiedelt, weil arm an Bodenschätzen, von rauem Klima und steinigem Böden. Erst die industrielle Revolution ermöglichte einer findigen, zähen und unternehmerisch denkenden Bevölkerung, aus einer Gebirgslandschaft, eine der reichsten und fortschrittlichsten Industrieregionen Mitteleuropas zu machen. Die politischen Verwerfungen des 19. und 20. Jahrhunderts und die Katastrophe zweier Weltkriege führten auch im Isergebirge zur Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung. Wir situieren diese Ereignisse in ihrem historischen Zusammenhang, also nicht als Schlussakt. Vielmehr geht die Darstellung unmittelbar in eine Dokumentation des Neuaufbaus und der Integration in Neugablonz und anderswo über. Der vom Museum behandelte Zeitraum reicht bis über die Wende von 1989 hinaus. Die Weiterführung hinein in die Stadtgeschichte von Kaufbeuren-Neugablonz sichert die Verwurzelung am Museumsstandort sowie in der Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland. Ich hoffe, Sie erkennen aus diesen Bemerkungen den Ansatz, mit dem wir deutsche Kultur und Geschichte im Herzen Europas präsentieren. Es geht darum, das Schicksal der östlichen Deutschen in den gesamteuropäischen Zusammenhang zu stellen und als einen bedeutenden Akt in der Entwicklung des modernen Europas zu erfassen.

Das Verhältnis zu unseren Partnermuseen und –archiven in Reichenberg/Liberec und Gablonz a. N./Jablonec nad Nisou ist gut. Wir zeigen in unserer Dauerausstellung mehrere Leihgaben aus den Beständen jener nordböhmischen Museen, die wichtige Lücken unserer Sammlung schließen. Im Sommer wird eine gemeinsame Ausstellung der Staatlichen Berufsfachschulen für Glas und Schmuck in Kaufbeuren-Neugablonz und Gablonz a.N./Jablonec nad Nisou eröffnet. Dennoch

kann die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nur beschränkt geführt werden, da sie unsere personellen und finanziellen Möglichkeiten überfordert. Wir beschäftigen eine wissenschaftliche Angestellte (Museumsleiterin), da bleibt kaum Kraft für systematische Aktivitäten über das existenziell Notwendige hinaus.

Damit wären wir beim Thema der Repräsentation der böhmisch-mährischen Kulturlandschaft innerhalb der Museumsförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz. Nach der sudetendeutschen Museumskonzeption war (und ist noch immer) eine dreiteilige Struktur von hauptamtlich geführten Museen geplant, mit Standorten in Marktredwitz, Neugablonz und München. Leider hat die Münchner Museumseinrichtung sich nicht schnell genug vor der allgemeinen Haushaltskrise der letzten Jahre erholt. Zwei der drei geplanten Standorte sind jedoch realisiert: Das Egerland-Museum in Marktredwitz und das Isergebirgs-Museum in Neugablonz. Sie werden institutionell vom Freistaat Bayern gefördert und kooperieren hervorragend. Auch ohne das angestrebte dritte Standbein in München bilden sie schon heute ein Doppelmuseum der Sudetendeutschen. Dennoch wurden keiner der beiden Einrichtungen bisher Projektmittel aus dem Bundeshaushalt gewährt. Die derzeit gegebene Ausklammerung der Region Böhmen-Mähren-Sudetenschlesien aus der Museumsförderung des Bundes halte ich für nicht sachgerecht. Die Förderung gemeinsamer Projekte dieser beiden Museen würde die bestehende Lücke sinnvoll schließen. Die Voraussetzungen für eine Förderung sind in vollem Umfang gegeben, es muss nur der entsprechende politische Wille formuliert werden.

Zum Thema „Modernisierung, Professionalisierung und Effizienzsteigerung“ (KDrS. 15/258a, Frage 5) lade ich gerne zu einer Evaluation unserer Einrichtung ein. Ich denke, wir können jeden denkbaren Vergleich bestehen – wenn Sie den Einsatz staatlicher Gelder und das damit Geleistete ins Verhältnis setzen. Das derzeit kümmerliche Förderniveau lässt uns leider sehr rasch an Grenzen stoßen. In der Breiten- und Öffentlichkeitsarbeit wie in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bleiben dringende Desiderate unbearbeitet.

Zuletzt fragen Sie nach unserer Beurteilung des finanziellen Engagements von Bund, Ländern und Kommunen im Zusammenhang mit der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass auf allen drei

Ebenen in Deutschland zu wenig Mittel eingesetzt werden. Unsere Patenstadt Kaufbeuren allerdings nimmt ihre Verantwortung vorbildlich wahr. Sie hat nicht nur das Gablonzer Haus errichtet und uns für 66 Jahre in Erbbaurecht als Eigentum übertragen, die Stadt trägt auch die gesamten technischen Betriebskosten des Museums. Was das Engagement der Länder betrifft, können wir froh sein, dass Neugablonz in Bayern liegt. Immerhin hat der Freistaat uns neu in die institutionelle Förderung aufgenommen, als andere unter dem Hinweis auf die allgemeine Haushaltslage ganze Förderlinien eingestellt haben. Die Bundespolitik betreffend, kann die gegenwärtig unbefriedigende Situation im sudetendeutschen Bereich überwunden werden, indem gemeinsam gestellte Anträge des Egerland- und des Isergebirgs-Museums als landesmuseale Projekte der Region Böhmen-Mähren-Sudetenschlesien entsprechend der Förderung anderer Kulturlandschaften behandelt werden.

Dr. Ulrike Lorenz: Ich bitte um Verständnis, wenn ich die Beantwortung der Fragen nicht ganz so eng an mein eigenes Haus anwende. Meine Antworten sind durchaus von der Perspektive eines Kunstmuseums geprägt; demzufolge also doch ein paar Worte. Ich bin erst seit dem 1. Juli 2004 für das Kunstforum Ostdeutsche Galerie verantwortlich. Insofern sehen Sie es mir nach, wenn mein Blick sowohl neutral als auch naiv auf die gesamte Problematik ist. Das Kunstforum Ostdeutsche Galerie ist, um es burschikos auszudrücken, der bunte Hund unter den Museen, die nach § 96 Bundesvertriebenengesetz gefördert werden. Im Unterschied zu den anderen hier vertretenen Museen sind wir das einzige reine Kunstmuseum, was nach § 96 Bundesvertriebenengesetz gefördert wird. Wir decken alle Gebiete der Bildenden Kunst von der Romantik bis zur Gegenwart ab, d.h. wir sind nicht regionalgeschichtlich eingerichtet, sondern haben den gesamten deutschen Osten im Blickfeld. In § 96 Bundesvertriebenengesetz ist nicht nur die Erforschung und Präsentation, sondern auch die Weiterentwicklung genannt. In diesem Spannungsfeld verorten wir uns. Die Bedeutung resultiert aus dem Selbstverständnis Deutschlands als Kulturnation. Es gehören auch die Gebiete dazu, die von Deutschen weit über 900 Jahre besiedelt waren und bis 1945 teilweise auch zu Deutschland gehörten. Hartmut Boockmann hat das einmal sehr schön gesagt: „Wenn wir vergessen, was 1945 passiert ist, würde das auch bedeuten, dass wir verdrängen, was wir seit 1933 getan haben. Es hängt alles in allem zusammen.“ Wir

stellen uns dem also dem gesamten Komplex. Das halte ich für einen wesentlichen Punkt. Zugespitzt könnte man sogar sagen, dass das ehemalige Ostdeutschland quasi der Beitrag Deutschlands zu dem ist, was heute Mitteleuropa heißt. Wenn wir es richtig verstehen – und darauf kommt es in der Zukunft an – könnte Mitteleuropa zu einem Modellfall werden. Es geht nicht um mono-nationale Gesellschaften, wie sie sich in Westdeutschland entwickelt haben, sondern es sind die multi-ethnischen Gesellschaften, die sich aus einem spannungsvollen Miteinander entwickelt haben. Wenn wir das Deutsche daran bewahren, erforschen, aber auch weiterentwickeln, dann tun wir etwas für das europäische Selbstverständnis.

Ich komme zur Breitenarbeit. Sie verlinkt Wissenschaft und Publikum. Dafür sind die Museen da. Was die Wissenschaftler mehr oder weniger tun, können wir mit dem Werkzeug, wenn nicht sogar mit dem Laboratorium des Museums und der Ausstellung in die Gesellschaft hinein geben. Mit unserem spezifischen Blick auf die Geschichte des deutschen Ostens, die 1945 eine entscheidende Zäsur erfahren hat, haben wir eine besondere Verantwortung. Die Vermittlungsarbeit in der Museumsarbeit ist eine wesentliche Säule, besonders auch gegenüber Jugendlichen. Das Zentrum ist die Sammlung, sind die Objekte, die Zeichenträger, die wir für die Zukunft bewahren. Darum müssen wir den Ring der Vermittlung legen, damit die Sammlung ankommt. Ich habe in der Konzeption 2000 aufmerksam gelesen, dass auch dort die Breitenarbeit eine große Rolle spielt. Dabei soll die Erfahrung der Erlebnisgeneration besonders Beachtung finden. Ich denke, dass das nur ein Teil der Dialektik der ganzen Sache ist. Gerade in der Breitenarbeit müssen wir es verstehen, den spezifischen Zweck, zu dem wir gegründet wurden und erhalten werden, immer wieder zu erweitern, um auf allen Kanälen in der Gegenwart anzukommen.

Zur Frage vier (K.-Drs. 15/258a) kann ich sagen, dass die Konzeption 2000 noch nicht vollständig umgesetzt worden ist. Es gibt ganz wichtige Dinge, die sich im Hinblick auf die Systematisierung der Förderung aus meiner Sicht getan haben, aber bestimmte Dinge sind noch nicht in der Realität angekommen. Demzufolge kommt es darauf an, diese Konzeption weiter zu entwickeln. Man müsste in der Weiterentwicklung schauen: Was ist passiert, zu welchen Ergebnissen hat das geführt, was müssen wir korrigieren oder wo müssen wir eventuell noch mal

nachfassen? Zur Resonanz bei der Arbeit mit Bildender Kunst kann ich nur Positives sagen. Überall wo wir hinkommen, begegnet man uns offen.

Die Frage fünf (K.-Drs. 15/258a) - Modernisierung und Professionalisierung - scheint aus der Perspektive meines eigenen Museums definitiv gegeben. Bei uns hat bereits in den frühen 1980er Jahren eine Professionalisierung begonnen, weil wir als internationales oder zumindest überregionales Kunstmuseum an internationalen Standards ankoppeln mussten. Die interessante Frage scheint zu sein: Könnte es für diesen Kulturbereich eine Vision geben? Zunächst einmal zur eigenen Definition. Ich gehe von § 96 Bundesvertriebenengesetz aus, der aus meiner Sicht, einen klaren Dreierschritt beinhaltet. Erstens die Erinnerung, das Archiv. Ohne Archiv kann es keine Identität geben. Zweitens die Bewahrung, die Sicherung des Überlieferten, was im Zentrum eines jeden Museums steht. Drittens die Weiterentwicklung. Aus dieser Weiterentwicklung könnte sich tatsächlich eine Vision ergeben. Das wäre für mich, die deutschen „Ingredienzien“ des alten Mitteleuropas in das neue Europa zu retten, als Erfahrungswert, als Geschichtswert, als das, was wir einem größeren Ganzen zu geben haben. Die Vision wäre also, das alte Mitteleuropa für das neue Europa zu formulieren. Man kann es auch anders sagen. Am Wochenende hat eine Konferenz zu dem etwas schwierigen Motto „Europa eine Seele geben“ (von Jacques Delors) stattgefunden. Im Grunde geht es darum, den Markt Europa mit dem was wir haben, noch um eine Idee zu bereichern oder zu fundieren. Die Idee des Europas zu transzendieren. Dabei haben die Museen eine ganz wesentliche Aufgabe und unsere spezifischen Museen haben das nach § 96 Bundesvertriebenengesetz in einem erhöhten Maße. Wenn sie es richtig verstehen, das Deutsche an der Vergangenheit in die europäische Zusammenhänge zu stellen, können diese Museen tatsächlich zu Pionieren und Protagonisten für die Zukunft werden.

Dieser Vision liegen zwei Voraussetzungen zugrunde. Eine ideelle Voraussetzung, nach der man versuchen muss, vom Regionalgeschichtlichen zu einem größeren Ganzen zu kommen. Und eine praktische Voraussetzung, die eine verstärkte Systematisierung voraussetzt, die mit der Konzeption von 2000 angestrebt und zum großen Teil realisiert wurde, um sich durch ein Netzwerk der Verbindungen untereinander zu bereichern. Dieses Netzwerk muss stärker ausgeprägt und darstellbar gemacht werden, damit es vom Publikum wahrgenommen wird. In Deutschland gibt es ein Netz von Museen. Dies gilt es, besonders darzustellen.

Wenn ich jetzt noch einen Schritt weiter gehe, beginne ich die Diskussion um Vertreibungen in unserer Gesellschaft, von vorne. Wären nicht diese Museen dezentralisierte Zentren gegen Vertreibungen, könnte das kein Netzwerk sein, von dem wir sagen, wir konstatieren hier Mitteleuropa als ein System von authentischen kleineren Zentren. Ein Europa der Regionen werden wir in dieser Museumslandschaft quasi vorformulieren. Es wäre also tatsächlich eine Vision.

Zur Frage der Förderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz: Da kann man nicht ohne Dankbarkeit sagen, die institutionelle Förderung des Bundes ist in den vergangenen Jahren gleich geblieben. Zu beachten ist, dass sich die Rahmenbedingungen in der täglichen Museumsarbeit verändert haben. Die Personalkosten und die Fixkosten steigen. Das geht zu Lasten der operativen Mittel, denn bei der Verringerung unserer operativen Mittel um zwei Drittel, ist die Bundesförderung gleich geblieben. Es gibt dort also ernsthafte Gefahren für die Zukunft.

Dr. Ronny Kabus: Ich darf kurz das Museum vorstellen. Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg ist 1987 auf der Grundlage der Grundsatzkonzeption der damaligen Bundesregierung zur Weiterführung der Deutschen Kulturarbeit gegründet worden. Vorläufer dieses Museums war ein Ostpreußisches Jagdmuseum, das 1958 in Lüneburg gegründet wurde und ein Jahr später abbrannte. Es ist das Motiv, das Siegfried Lenz in seinem Roman „Heimatismuseum“ aufgegriffen hat. Ein großer Teil der Sammlung ist bei dem Brand verloren gegangen. Das Museum stand nach Ansicht der Bundesregierung in den 1990er Jahren exemplarisch für die Gründung weiterer Ostdeutscher Landesmuseen, ebenso das Pommersche Landesmuseum in Greifswald, das Schlesische Landesmuseum in Görlitz und das Donauschwäbische Zentralmuseums in Ulm. Ein Modellmuseum, denke ich, sind wir inzwischen leider nicht mehr, weil die Zeitläufe sich ändern und andere an einem vorbeiziehen. Man muss darauf achten, Schritt zu halten und hinterherzukommen. Dennoch sind wir ein kulturhistorisch aufgebautes Museum mit einer guten Leistungsfähigkeit. Das Aufgabengebiet umfasst die Darstellung von Landschaft, Geschichte und Kultur Ostpreußens. Ostpreußen ist ein Gebiet von etwa 39 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von etwa 2,5 Millionen

Einwohnern gewesen. Schließlich auch eine wichtige Wurzel des bedeutenden Staates Preußen.

Ich darf auf die Fragen eingehen: 1. Welche Bedeutung messen Sie der Abforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa bei? Ich selbst halte diese Aufgabe für eine Kulturnation mit einer vielhundertjährigen Geschichte für selbstverständlich. Wenn wir bedenken, dass diese Aufgabe etwa 25 Prozent früheren Staatsgebietes und etwa 15 Prozent der ehemaligen deutschen Bevölkerung betreffen, wird einem bewusst, um welche Dimensionen es hier geht. Auch ist daran zu erinnern, dass wir bis zum Eintreten etwa der Industriellen Revolution vielfach das Westkulturgefälle hatten, dass Städte wie Königsberg und Danzig über Jahrhunderte eine größere Rolle als viele heute bedeutende Städte im Westen Deutschlands gespielt haben. Nicht nur im Zusammenhang mit Pisa, sondern mit dem allgemein vorhandenen oder nicht vorhandenen Geschichtsbewusstsein in Deutschland, muss uns traurig stimmen, dass vielen Menschen das Bewusstsein darüber inzwischen längst verloren gegangen ist. Umso mehr stimmt es einen bedenklich, wenn man im Rahmen von Ausstellungen mit Schulklassen erforscht, wer familiäre Wurzeln im Osten hat. Da staunt man immer wieder, dass jeder Dritte oder Vierte z.B. in Lüneburg davon berührt ist.

Wir stellen bei unserer Kooperation mit Institutionen und Museen in den früheren deutschen Ost- und Siedlungsgebieten fest, dass das Geschichts- und Kulturwissen bei der heutigen Bevölkerung im Osten zumindest partiell größer als in der deutschen Bevölkerung ist. Das ist ein Zustand, den ich für außerordentlich bedenklich halte und der v. a. im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung eine wesentliche Verringerung der Kenntnisdefizite fordert. Das bedeutet für uns kulturelle Breitenarbeit. Das habe ich mich auch lange gefragt. Man wird es wahrscheinlich inhaltlich wie auch formal definieren müssen. Ich sehe in dieser kulturellen Breitenarbeit ein breites auf Hoch- wie Alltagskultur bezogenes Tätigkeitsfeld unter Nutzung aller Vermittlungsformen und Medien. Während ein Museum im engeren Rahmen, Dr. Lorenz hat bereits darauf verwiesen, auf Sammeln, Bewahren, Forschen, Vermitteln ausgelegt ist, hat die kulturelle Breitenarbeit eines Kulturreferenten, wie sie in den Museen in letzter Zeit wahrgenommen wird, doch sehr viel mehr Möglichkeiten und zwar bezogen auf Schulen, auf Bildungsfahrten, auf die Organisation von Seminaren, die Einbeziehung der Medien, die Herausgabe

von Publikationen und die grenzüberschreitenden Kooperationen. Diese Kulturreferenten sind jetzt bzw. in letzter Zeit in Folge der Konzeption der Bundesregierung vom Jahr 2000 bei den Museen angesiedelt. Das halte ich für einen ganz großen Erfolg und sehr wesentlichen Fortschritt, weil die Tätigkeit sich dann auch nicht mehr ganz im luftleeren Raum abspielt, sondern doch im Weiteren auch vor dem Hintergrund erlebbarer kulturhistorischer Objekte, wie sie eben ein Museum zu bieten hat.

Welche Resonanz erfahren wir auf die Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz aus den osteuropäischen Ländern? Ich meine, dass man sicher für all unsere Einrichtungen ohne Übertreibung sagen kann – ich denke das nachweisen zu können –, dass diese Resonanz durchweg positiv ist. Bei etwa 50 gemeinsamen Aktionen der letzten 13 Jahre mit Polen, Russland, Litauen, Estland und Lettland haben wir insgesamt nur positive Erfahrungen gemacht. Ich darf als Beispiel auf einen Museumspreis verweisen, den wir gemeinsam mit dem Schlossmuseum Marienburg bei einer Ausstellung über Cadiner Keramik erhalten haben. Ich darf die Ausstellung „Juden in Ostpreußen“ erwähnen, eine Ausstellung, die in drei Ländern in Russland, Polen und Litauen mit Erfolg gelaufen ist und ich habe Besorgnis darüber, dass die gegenwärtigen finanziellen Engpässe die unsere Kulturinstitutionen und Museen durchmachen, gerade im Bereich § 96 Bundesvertriebenengesetz, eine schädliche Wirkung auf die Weiterführung dieser grenzüberschreitenden Kooperation haben wird. Nichts kann uns in dieser Beziehung schädlicher sein, als eine längere Abstinenz.

Halten Sie die derzeitige Repräsentation der verschiedenen Kulturgebiete nach § 96 Bundesvertriebenengesetz für systematisch und ihrer Bedeutung angemessen? (K.-Drs. 15/258a, Frage 4)? Eine angemessene Repräsentation war bereits Ziel der Grundsatzkonzeption - vor 1982 noch unter dem Kabinett Schmidt entstanden und später unter der Regierung Kohl weitergeführt und umgesetzt. Die Realisierung war nach meinem Dafürhalten - vielleicht darf ich das mit so einem Urteil belegen, weil ich inzwischen 14 Jahre das Ostpreußische Landesmuseum leite - mit dem Blick auf die Museen - sollte man das so wohl formulieren - im Vergleich zu den Landesmuseen für die Länder der Bundesrepublik Deutschland zumindest nur unzureichend. In der Grundsatzkonzeption vom Jahr 1982 ist nachzulesen, dass die

sehr spät aber doch zu gründenden Landesmuseen für die großen früheren ostdeutschen Gebiete ähnlich auszurichten und zu gestalten sind und zwar in Museen und den Landesmuseen für die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Davon kann natürlich, weder finanziell, strukturell noch personell die Rede sein.

Vieles ist sicher erreicht, aber sehr Vieles gilt es auf diesem Wege noch zu bewerkstelligen. Nach der Wiedervereinigung ergaben sich m.E. positive Entwicklungen bei einer Neugründung wie dem Pommerschen Landesmuseum, das heute nach meinem Dafürhalten den Leuchtturm unter diesen ostdeutschen Museen darstellt - ostdeutsch immer in historischem Sinne. Dort ist der Bestzustand personell, finanziell und strukturell erreicht. Heute fungiert es als Vorbild für unser ehemaliges Modellmuseum, aber das spornt schließlich immer wieder an. Ähnliche gute Entwicklung nimmt m.E. das Schlesische Museum in Görlitz und das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm. Die Konzeption der Bundesregierung vom September 2000 gab die Hoffnung, dass die anderen Museen in diesem Sinne gestärkt werden. Das steht ausdrücklich so drin, Stärkung der Museen.

Und dann kommen wir zu dem Problemfall: der 5. Frage (K.-Drs- 15/158a): Haben sich die mit der Neukonzeption der Bundesregierung des Jahres 2002 (ich meine, es handelt sich um die aus dem Jahre 2000, ich kenne jetzt keine anderen) verbundenen Erwartungen einer Modernisierung, Professionalisierung und größere Effizienz der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz erfüllt? Was bedeutet Modernisierung, Professionalisierung, Effizienzsteigerung? Darüber könnte man sicher stundenlang referieren. Ich denke schon und mache es daran fest, dass Modernisierung, Professionalisierung und Effizienzsteigerung die Schaffung von Strukturen heißt, die für wissenschaftlich geführte Museen mit grenzüberschreitender Kompetenz selbstverständlich sind. Es heißt also nicht ehrenamtliche, auch nicht landsmannschaftliche Dominanz in den Leitungs- und Repräsentanzfunktionen der Museen. Es heißt auch nicht Doppel- und Mehrfachunterstellungen, wie wir sie in unserem Museum unter einem ehrenamtlichen Vorstand, einem Stiftungsrat, der Aufsicht des Landes, das uns zu 30 % finanziert, haben. Wir haben eine Aufsicht des Bundes, der uns zu 70 Prozent finanziert. Aufsicht des Bundesrechnungshofes? Aufsicht des Bundesverwaltungsamtes? Es könnte sein, dass in Zukunft noch mehr Instanzen etwas von uns wissen wollen. Es heißt Trägerschaft mit stärkerer Verantwortung der öffentlichen Hände. Das bedeutet für mich auch Modernisierung,

die vom Land Niedersachsen - ich sehe keinen Vertreter heute hier, was ich sehr bedauere - seit über fünf Jahren leider nicht mehr in der gewünschten Weise wahrgenommen wird. Seitens des Bundes ist das der Fall. Hier haben wir immer die unmittelbaren Kontakte. Aber wir würden uns sehr viel stärker eine Begleitung durch das Land Niedersachsen, die zweite öffentliche Hand, die uns fördert, wünschen. Professionalisierung, Modernisierung, Effizienzsteigerung d.h. selbstverständlich auch eine dem Umfang der Aufgaben angemessene Mittelausstattung, nicht Beseitigung der wissenschaftlichen Volontärstelle, wie es gegenwärtig der Fall ist. Es heißt nicht Halbierung der Kulturreferentenstelle wie es gegenwärtig bei uns der Fall ist und es heißt nicht Mittelreduzierung am Rande der Handlungsunfähigkeit. Wenn ich daran denke, dass im nächsten Jahr unser Sammlungsetat auf Null gesetzt ist und ein Museum eigentlich in erster Linie von der Sammlung lebt, dann trânt nicht nur das Auge, sondern auch das Herz. Wenn man sieht, dass wir einen Etat haben, der uns einen Handlungsspielraum bei grenzüberschreitender Arbeit von nur noch etwa 23.000 € gibt, dann weiß man, dass man nicht mehr sehr viel damit anfangen kann. Das müsste insbesondere bei unseren Museen m.E. einmal bedacht werden. Obwohl wir natürlich wissen, dass alle Museen und Kulturinstitutionen derzeit unter den sehr beengten finanziellen Handlungsspielräumen leiden. Man darf diese Museen nicht austrocknen lassen, wenn sie weiterhin handlungsfähig bleiben sollen. Das bedeutet für mich auch eine der Konzeption entsprechende Stärkung der Museen. Das steht ausdrücklich so in der Konzeption und eine Abgrenzung von Einrichtungen, die grundsätzlich nicht für diese musealen Aufgaben vorgesehen sind. Die Erwartungen haben sich in vielen Fällen leider im Zusammenhang mit dem von mir vertretenen Museum nicht erfüllt. Gegenteiligkeiten sind auch durch den zerflossenen Zeitfaktor verstärkt sichtbar. Ich kann hier auf den Prüfbericht des Prüfungsamtes des Bundes vom 12. Juli 2004 verweisen. Da stehen genau diese Befürchtungen drin, wie ich sie seit langem auch zum Ausdruck bringe.

Zu Ihrer Frage: Wenn Sie die Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz definieren bzw. konzipieren könnten, wie würde Ihre Definition respektive Konzeption aussehen? Wie sehen Sie die künftige Entwicklung der Kulturarbeit? (K.-Drs. 15/258a)?

Es ist natürlich eine Frage, die man in der gebotenen Kürze kaum abhandeln kann. Mir scheint nicht das vorhandene Konzept verkehrt zu sein, obwohl es dort Dinge

gibt, die diskutabel sind und über die man wahrscheinlich auch oder bei denen man bessere Lösungen finden könnte. Das Konzept ist für mich grundsätzlich nicht verkehrt, sondern ich bedauere eher die nicht vorhandene oder inkonsequente Durchsetzung dieses Konzepts. Das ist für mich das eigentliche Problem. Die Erforschung und Vermittlung von Geschichte und Kultur der Deutschen im Osten benötigt m.E. eine ernsthafte, professionelle und sensible staatliche Zuwendung mit ausreichender Mittelausstattung. Gerade unsere Kultureinrichtungen dürfen nicht nach Belieben politische Manövriermasse werden - je nach Regierungswechsel oder Ministerwechsel.

Wie beurteilen Sie das augenblickliche finanzielle Engagement von Bund, Ländern und Kommunen im Zusammenhang mit der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz? (K.-Drs. 15/258a) Wie bereits erwähnt, ist das Engagement durch die benannten Engpässe m.E. derzeit unzureichend. Der Bund könnte durch straffere Konzeptionsumsetzung ohne Mehrkosten mehr erreichen. Museumsarbeit sollte durch dafür klar definierte Einrichtungen erbracht werden. Der Prüfbericht des Bundes hat das in den letzten Tagen ganz genau so gesehen. Die Länder müssten auch den verbindlich gesetzlichen Pflichten ernsthafter gerecht werden. Das gilt auch für das Land Niedersachsen, das in der Vergangenheit hier noch keine ausreichende Sichtweise für das Problem hat. Die Kommunen könnten auch durch geldwerte Leistungen bessere Partner sein. Wir haben in Lüneburg vier Museen. Die Kommunen könnten hier auch etwas für uns tun, ohne direkt Geld zu geben. Für alle Zukunftsaufgaben und Chancen sollten wir bedenken, dass das Zusammenwachsen in Europa auch im Hinblick auf die östlichen Partner stärker in unseren Blickpunkt rücken muss.

Michaela Hriberski: Zunächst möchte ich mich einmal im Namen des Bundes der Vertriebenen bedanken, dass sich die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ auch so intensiv mit dem § 96 Bundesvertriebenengesetz beschäftigt. Viele meiner Vorredner haben zur Bedeutung der deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa schon einiges gesagt. Ich kann auch nur wiederholen, dass die Kulturleistungen der Ostsudeten und Südostdeutschen über einen zum Teil vielhundertjährigen Zeitraum selbstverständlich integraler Bestandteil der deutschen Kultur insgesamt sind. Sie sind auch als Beitrag zur europäischen Kultur und

Geschichte zu sehen, insofern verbindet sie uns auch mit unseren östlichen Nachbarn und damit ist natürlich die Aufgabe im Interesse des Erhalts bzw. der Wiederherstellung einer nationalen und europäischen Erinnerungskultur sehr wichtig. Es geht hier aber nicht nur um Erinnerung. Vielmehr geht es auch um lebendige Lebenswirklichkeit. Spuren und Zeugnisse deutscher Kultur und Geschichte sind allenthalben vorhanden. Außerdem leben noch Millionen von Menschen, denen diese Kultur und auch die Geschichte nicht nur Erinnerung ist. Es ist ganz aktuelle Lebenswirklichkeit, die auch mit den kulturellen Traditionen und der Tradierung ihrer Geschichte leben und die auch an andere vermitteln. Es kommt noch hinzu, dass trotz Fluchtvertreibung und Aussiedlung immer noch Deutsche im östlichen Europa leben und auch für diese müssen wir die Erinnerung an die Kulturleistungen ihrer Vorfahren dort bewahren, wo sie selbst dazu nicht mehr in der Lage sind, weil sie nur noch in kleinen Minderheiten dort leben. Insofern umfasst diese Aufgabe also mehr als die Präsentation in Museen oder auch die wissenschaftliche Forschung. Sie muss nach unserer Auffassung in Schulen, Universitäten und Bildungseinrichtungen, in der Öffentlichkeitsarbeit und nicht zuletzt in der kulturellen Breitenarbeit und der grenzüberschreitenden Kulturarbeit ihren Niederschlag finden und dort auch vom Bund gefördert werden.

Sie fragen, was wir unter kultureller Breitenarbeit verstehen. Zunächst einmal ist Kennzeichen der kulturellen Breitenarbeit, dass sie sich nicht an Spezialisten wendet, sondern an ein allgemeines Publikum. Gegenstand kultureller Breitenarbeit ist im umfassenden Sinne die Tradierung von Kultur und Geschichte der jeweiligen Heimatgebiete. Das kann dann auch Hochkultur sein, kann auch Alltagskultur sein und es kann sich auch um volkskulturelle Überlieferungen handeln. Aber es geht auch um die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Geschichte und Kultur und auch Landeskunde der Heimatgebiete in einer der Allgemeinheit zugänglichen Form. Kulturelle Breitenarbeit findet natürlich im Inland statt. Sie ist aber auch als grenzüberschreitende Arbeit zu sehen. Dies leisten im Bereich der Vertriebenenverbände hauptsächlich Tausende ehrenamtliche Kräfte unterstützt von sehr wenigen hauptamtlichen Kräften. Eine öffentliche Förderung seitens des Bundes findet seit der Neukonzeption der Kulturarbeit kaum mehr statt. Die fünf aus Bundesmitteln geförderten und bei den Landesmuseen angesiedelten Kulturreferenten können diese Arbeit nach unserer Auffassung in ihrer Vielfalt und

Breite nicht ersetzen. Die Reduzierung auf fünf hauptamtliche Kulturreferenten zu bestimmten Regionen entspricht unserer Auffassung nach nicht dem umfassenden Auftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz. Wir sehen es als einen Verlust für unser Land an, dass das Wissen und das Engagement dieser ehrenamtlichen Kräfte des Bundes der Vertriebenen nicht breit genutzt wird. Es widerspricht auch den Bemühungen des Deutschen Bundestages das bürgerschaftliche Engagement zu fördern. Die Professionalisierung der Kulturarbeit ist zweifelsohne ein wichtiges Ziel, vor allem für die Zukunft und im Hinblick auf die Zeit, wenn diejenigen, die diese Kultur tragen, nicht mehr leben. Zurzeit leben aber noch Millionen dieser Kulturträger. Ihnen ist ihre Kultur lebendig in allen ihren Facetten. Deshalb meinen wir, dass kulturelle Breitenarbeit nicht ins Museum gehört und auch nicht ausschließlich an museale Arbeit angebunden sein kann. Sie gehört unter die Menschen. Auch in Zeiten knapper Kassen sollten Möglichkeiten gefunden werden, die kulturelle Breitenarbeit der Vertriebenenverbände und ihrer ehrenamtlichen Helfer in zeitgemäßen Formen finanziell zu fördern. Die Resonanz auf die Kulturarbeit, die wir erfahren, kann ich nur als gut bezeichnen. Über Jahre sind vertrauensvolle kulturelle und wissenschaftliche Kontakte in den ost- und mitteleuropäischen Staaten aufgebaut worden. Als Beispiel sei die germanistische Fakultät Breslau zu nennen. Wissenschaftliche Tagungen in dieser Einrichtung sowie in Einrichtungen der Vertriebenenverbände werden auch regelmäßig von Teilnehmern aus den östlichen Ländern besucht; insbesondere auch von jüngeren Wissenschaftlern. Leider hat die Förderpraxis des Bundes dazu beigetragen, dass immer weniger solcher Tagungen vom Bund gefördert werden. Naturgemäß beschädigt das langfristig die Kontakte zu den Wissenschaftlern, denn wenn ihnen keine Arbeitsmöglichkeiten und Tagungen angeboten werden, wird der Kontakt immer schwächer. Die Frage, ob wir die derzeitige Repräsentation der verschiedenen Kulturgebiete nach § 96 Bundesvertriebenengesetz für systematisch und ihrer Bedeutung angemessen halten, muss ich leider mit nein beantworten. Nach unserem Dafürhalten arbeiten die Landesmuseen im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der musealen Arbeit gut. Es gibt Kritik an vereinzelt Aspekten der Präsentation. Das will ich hier aber nicht vertiefen, weil die Zeit dafür nicht reicht. Von manchen Besuchern der Landesmuseen wird insgesamt eine angemessene Dokumentation und Präsentation der Vertreibung von 1945/1948 vermisst. Grundsätzlich ist zu kritisieren, dass die Kriterien, nach denen manche regionale ostdeutsche Kultureinrichtungen gefördert

werden und andere nicht, undurchschaubar sind. Es bleibt ein Mangel, dass bis heute noch keine repräsentative museale Einrichtung für den gesamten Bereich der böhmischen Länder seitens des Bundes gefördert wird. Auch der Rückzug des Bundes aus der institutionellen Förderung des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen und des Siebenbürgischen Museums in Gundelsheim ist sachlich nach unserer Auffassung nicht gerechtfertigt. Als besonderen Mangel betrachten wir auch die Nichtexistenz einer musealen Einrichtung zur Geschichte und Kultur der Deutschen in Russland, gerade vor dem Hintergrund der Zuwanderung von über 2 Millionen Russlanddeutschen und deren Angehörigen seit 1988. Nach wie vor herrschen Informationsdefizite über diesen großen Personenkreis. Eine solche Einrichtung müsste besonders das Interesse des Bundes wecken, z.B. um Vorurteile abzubauen und der breiteren Öffentlichkeit, Kenntnisse über diese deutsche Volksgruppe zu vermitteln.

Zur Frage der Effizienz, Modernisierung, Professionalisierung habe ich Folgendes zu sagen: M.E. und nach unserer Kenntnis wurde schon vor der Neukonzeption der Bundesregierung professionelle und effiziente Arbeit geleistet. Gute und erfolgreiche Institutionen gab es bereits vorher und sie gibt es noch immer. Sie haben aber schon vorher auf zeitgemäße Formen der Präsentation geachtet. Unzweifelhaft gibt der Bund seit der Neukonzeption weniger Mittel für die Arbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz aus, ebenso ist die Zahl der Zuwendungsempfänger gesunken. Das mag für die öffentliche Hand als Effizienzsteigerung betrachtet werden. Ob die Arbeit der in der Förderung stehenden Institutionen dadurch professioneller, moderner und effizienter geworden ist, bezweifle ich. Soweit ich informiert bin, haben sie schon vorher gute Arbeit geleistet. Die Reduzierung der Förderung auf wenige Institutionen hat zu einem Verlust an Vielfalt geführt. Die Heimatregionen der Vertriebenen sind heterogen und sie finden mit der Reduzierung, die jetzt praktiziert wird und mit ihren Besonderheiten der einzelnen Regionen keine angemessene Beachtung mehr. Die kulturelle Breitenarbeit der Vertriebenenverbände, die hier einen Ausgleich schaffen könnte, wird nicht gefördert. Heutzutage in den Selbsthilfeorganisationen verstärkt gefördert zu werden, erscheint indes auch nicht als besonders modern. Die Einrichtung von Kulturreferenten bei Museen, ist nach unserer Auffassung ein Fehlschlag, nicht bedingt durch die Kulturreferenten oder die Museen, sondern strukturell bedingt. Eine flächen- und

themendeckende kulturelle Breitenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland kann von dort aus nicht erfolgen. Die öffentliche Förderung der regionalen Landesmuseen in Görlitz, Lüneburg, Münster, Ratingen, Ulm u.a. bewährten wissenschaftlichen Einrichtungen ist nach unserer Auffassung nicht ausreichend. Mittelfristig gilt es, über den bloßen Bestand der Einrichtung hinaus die zielführenden Aufgaben zu sichern.

Was wir anders machen würden; wen oder was wir vorschlagen würden, wenn wir zu der Konzeption etwas sagen könnten? Es bedarf unserer Auffassung nach einer langfristigen Sicherung des Förderspektrums und der kulturellen Breitenarbeit sowie der grenzüberschreitenden Kulturarbeit. Hierzu sind öffentliche Mittel unabdingbar. Es ist zu bedenken, dass den Heimatvertriebenen mit den Universitäten wie Breslau, Königsberg, Prag oder anderen Zentren wissenschaftlichen und kulturellen Schaffens weggenommen wurden, für die es in den westlichen Aufnahmegebieten keinen adäquaten Ersatz gab. Die Bemühungen die wissenschaftlichen und kulturellen Traditionen zukunftsgerichtet fortzuführen, gab es vielfach. Ich erinnere an die grundlegenden Forschungsarbeiten des Göttinger Arbeitskreises oder die Fortführung der Wissenschaftlichen Jahrbücher der Königsberger Albertiner oder der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität Breslau. Insofern besteht eine gesamtstaatliche Pflicht, Kultur und Geschichte der Herkunftsgebiete der Vertriebenen mit angemessenen Möglichkeiten der Präsentation im öffentlichen Raum nachhaltig zu gewähren. Das augenblickliche finanzielle Engagement von Bund, Ländern und Kommunen muss man unterschiedlich betrachten. Es gibt sehr viele Kommunen, die im Rahmen der kommunalen Partnerschaften über die Einwohner ehemals Ostsudeten und südostdeutscher Kommunen, Städte und Gemeinden vielfach immer noch rege und intensive Kooperationen und Förderungen durchführen. In manchen Fällen sind die Partnerschaften faktisch ausgetrocknet, manche sogar gekündigt worden. Die Partnerschaften der Länder über verschiedene Landsmannschaften z.B. Nordrhein-Westfalen, Siebenbürgersachsen und Oberschlesien, Bayern, Sudentendeutsche, Baden-Württemberg, Donauschwaben etc. funktionieren gut. Während andere Partnerschaften wie Schleswig Holstein und Pommern de facto aufgelöst wurden. Die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, z.T. auch Hessen leisten in der Förderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz Erhebliches. Es wäre gut, wenn auch andere Länder sich dementsprechend beteiligen würden. Die Förderpraxis des

Bundes ist wegen der vor vier Jahren erfolgten beinahe völligen Umstellung auf museale und wissenschaftliche Projekte für uns nicht sehr sinnvoll. Die Eingliederung der für die kulturelle Breitenarbeit zuständigen Kulturreferenten an museale Einrichtungen hat sich nicht bewährt und sollte unseres Erachtens so nicht fortgeführt werden.

Abg. Matthias Sehling (CDU/CSU): Ich möchte Dr. Martin Posselt und Michaela Hriberski zum Stichwort Ehrenamt befragen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat in ihrer schriftlichen Stellungnahme dankenswerterweise allein 56 kleinere ostdeutsche Heimatstuben, also kleinere Privatsammlungen, fachlich sortiert aufgelistet und uns übermittelt. Für den sudetendeutschen Bereich gibt es im Bundesgebiet etwa 160 kleinere Einrichtungen. Gibt es einen Überblick über die Gesamtzahl dieser örtlichen Einrichtungen im Bundesgebiet? Falls diese unbekannt sind, worin sehen Sie die Ursachen? Gehen sie zu wenig in die Öffentlichkeit oder werden die von der allgemeinen Öffentlichkeit einfach nicht wahrgenommen? Eine weitere Frage in dem Zusammenhang: Was wird aus diesen Stuben, wenn die ehrenamtlichen Initiativen nicht weitergeführt werden können?

Zur systematischen Repräsentanz der Vertreibungsgebiete in der Museumslandschaft in Deutschland möchte ich Dr. Knut Nevermann, Michaela Hriberski und Dr. Martin Posselt folgende Frage stellen: Die Bundesregierung hat in ihrer Neukonzeption insgesamt elf Regionen definiert. Das ist sicherlich verdienstvoll, fraglich ist allerdings, ob immer eine sinnvolle Abgrenzung und Aufteilung in fünf Schwerpunktregionen vorgenommen wurde. Es stellt sich die Frage, ob es sein Bewenden mit dieser reinen Bestandsaufnahme aus dem Jahre 2000 haben soll. Beispielsweise könnten einzelne Gebiete für die Russlanddeutschen oder für die Sudetendeutschen hinzukommen. Sollte nicht eine zentrale Museumsarbeit vorgesehen werden?

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Vorab möchte ich die Frage stellen, wie man überhaupt einen gewissen Auftrag versteht? Wie ist das Selbstverständnis der jeweiligen Institution z.B. zum § 96 Bundesvertriebenengesetz? Mit dem Selbstverständnis kann man bewerten? Ist dieses Instrument richtig oder falsch? Ich möchte zu dem Selbstverständnis kommen, das Dr. Ulrike Lorenz und Michaela

Hriberski beschrieben haben. Von Dr. Ulrike Lorenz kam der Hinweis, dass das, was nach 800 Jahren Siedlungskultur in den mittelosteuropäischen Ländern entstanden ist, in eine europäische Kulturidentität, auch im Sinne der Vielfalt, eingebracht werden müsste. Die Geschichte darf nicht verloren gehen, sondern muss weitergeführt werden. Sie beinhaltet eine europäische Dimension, nämlich dass dieses wertvolle Kulturgut mit in die europäische Entwicklung eingebracht wird. Michaela Hriberski hat gesagt, dass die deutschen Vertriebenen und ihre Nachkommen erste Adressaten der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz sind und bleiben. Damit gibt es zwei wirklich gegensätzliche Konzeptionen von dem § 96 Bundesvertriebenengesetz. Zu diesen beiden Positionen würde ich gerne Dr. Ronny Kabus und Dr. Martin Posselt um ihre Auffassung bitten.

Die zweite Frage betrifft das Verhältnis der Vertriebenenverbände mit dem hohen Potential an persönlichem Engagement in der Bürgergesellschaft. Gibt es zu den geförderten Institutionen ein Spannungsfeld? Es sind wieder zwei Pole: die positive Zusammenarbeit, Erfahrungswerte von der Erlebnisgeneration oder die durch Verbandsinteressen bedingte negative Behinderung dieser Institution? Dr. Ulrike Lorenz und Dr. Ronny Kabus, wie sehen Sie dieses Verhältnis zwischen Verbandsengagement und individuellem Engagement und ihrer institutionellen Arbeit?

Abg. Helga Daub (FDP): Ich schließe mich dem an. Es ist von den Vertriebenen und ihren Nachkommen die Rede. Das ist natürlich der Personenkreis, den das möglicherweise ganz besonders interessiert. Gibt es wirklich erkennbare Bemühungen, diesen Personenkreis auszuweiten? Wenn man das Erbe bewahren will, wäre es schließlich von immenser Bedeutung, es nicht nur auf einen bestimmten Personenkreis zu begrenzen. Denn weder dieser Personenkreis noch seine Nachkommen leben ewig. Inwieweit findet eine Ausweitung statt? Daran anschließend meine nächste Frage: Es hat im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts sehr viele Neugründungen und Patenschaften, z.B. Städtepatenschaften in östlichen Ländern gegeben, die vorher eher westlich orientiert waren. Inwieweit werden dort Begegnungen speziell unter kulturellen

Aspekten betrieben? Inwieweit gibt es eine Auflistung dieser Patenschaften, auch um dort zu fördern? Diese Fragen hätte ich gerne von Dr. Ulrike Lorenz beantwortet.

Abg. Ursula Sowa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte auf die Förderpraxis von Bund, Ländern und Kommunen zurückkommen. Die Stellungnahme der jeweiligen Referenten fiel sehr unterschiedlich aus. Meine Frage richtet sich auch an die Vertreter der Ministerien.

Dr. Martin Posselt: Ich beginne mit dem Ehrenamt. Das Ehrenamt ist für das Isergebirgs-Museum existenznotwendig. Die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, als zuständige Behörde, ist sehr hilfreich. Sie hat uns wiederholt bestätigt, dass das Isergebirgs-Museum das Museum mit dem größten ehrenamtlichen Einsatz in ganz Bayern ist. Früher hätte ich die Frage, ob ein solches Modell auf Grund der spezifischen Situation in Neugablonz übertragbar sei, mit einem glatten Nein beantwortet. Bei der Umstellung der früher ehrenamtlichen Museen in das neue, professionell geleitete Museum haben wir die Erfahrung gemacht, die vielleicht eine Antwort auf ihre Frage gleichzeitig ist. Die beiden Museen, die ehrenamtlich betreut wurden, waren - wie das bei ehrenamtlicher Arbeit vorkommt - nicht nur miteinander befreundet. Wir haben dann das Museum vier Jahre lang geschlossen. Im Jahre 2002 haben mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern wieder einen Neuanfang gewagt. Diese haben wir gebraucht und brauchen sie auch heute, um überhaupt täglich öffnen zu können. Unsere Aufsichten und unser Führungspersonal arbeiten rein ehrenamtlich. Nun waren die Mitarbeiter auch vier Jahre älter geworden und wir hatten Sorgen, das zu schaffen. Wir haben dann einen Aufruf in die Lokalpresse gesetzt, ob jemand Interesse hat, bei uns mitzuarbeiten. Es kamen 40 Rückmeldungen, davon haben wir 20 Leute genommen. Das hatte zur Folge, dass das Zusammenwachsen der beiden ehrenamtlichen Mitarbeiterstäbe, über das wir uns große Sorgen gemacht haben, problemlos funktioniert hat, weil die neuen Mitarbeiter die vorher bestehenden Spannungen überspielt haben. Gleichzeitig haben wir den Mitarbeiterstab um durchschnittlich 15 Jahre verjüngt. Ich weiß nicht, warum das nur in Neugablonz möglich sein soll. Vielmehr kann ich mir vorstellen, dass das anderswo auch funktionieren würde.

Zum Thema Zusammenarbeit zwischen unserer Einrichtung und den Vertriebenen selbst muss ich sagen, dass sich das problematisch gestaltet. Das ist aber ein Problem, das man mit Fingerspitzengefühl auf beiden Seiten meistern kann. Es bedarf lediglich der Bereitschaft. Es gibt natürlich Heimatstuben und -sammlungen, die einen reinen Erinnerungscharakter haben und vorrangig dazu dienen, am Ort, der die Patenschaft innehat, die Heimatinteressen, die von Ortsgemeinschaften zusammenkommen, eine Plattform zu bieten, um Erinnerungsobjekte aufzubewahren. Sie werden irgendwann durch den Generationswandel nicht mehr zu halten sein, weil sie sich nur an ein generationenspezifisches Publikum richten. Diese Heimatstuben sind auch eine gewisse Kulturleistung und Zeugnis einer Entwicklung. Sie besitzen z.T. sehr interessante Exponate. Dies muss aufgefangen werden. Diese Auffangfunktion wollen wir mit unserem Museum natürlich auch wahrnehmen und tun dies. Wir haben einige ausgezeichnete Originale, z.B. Zeichnungen, von einer aufgelösten Heimatstube bekommen. Ich könnte weitere Beispiele nennen. Weiterhin gibt es privat und ehrenamtlich geführte kleine Museen, die hervorragend arbeiten. Dort leisten pensionierte Lehrer eine hervorragende Arbeit, die z.T. von den Kommunen, gut aufgefangen und in ihr Stadtmuseum integriert werden. Ich nenne da z.B. das Riesengebirgsmuseum in Marktoberdorf, das derzeit eine gemeinsame Ausstellung mit dem Riesengebirgsmuseum in Hohenebel durchführt. Dort präsentieren rein ehrenamtliche Einrichtungen eine tolle grenzüberschreitende Arbeit. Dann gibt es natürlich solche Prozesse wie bei uns. Man muss dieser Vorgängergeneration, die diesen Schritt vom Ehrenamtlichen in das Professionelle gewagt hat, Respekt zollen. Denn das bedeutete natürlich auch Verzicht auf vieles, wie Anmutung oder Heimeligkeit, wenn man die nächste Generation erreichen will. Bei unserem Ort ist das gelungen. Das ist eine andere, aber sehr delikate Aufgabe.

Um auf die Frage der Definition zu sprechen zu kommen, glaube ich nicht, dass es in der Praxis einen großen Unterschied macht, den Nachfahren der Vertriebenenpraxis mit meinem Museum oder ein anderes Publikum anzusprechen. Denn die Kenntnisse und die Beziehung zu den Kulturlandschaften, ist bei den Kindern der Vertriebenen nicht viel anders. Man weiß von den Eltern und Großeltern, woher sie kamen, hat vielleicht noch den Dialekt im Ohr, aber was sonst? Die erste Aufgabe besteht dann im Vermitteln von Kenntnissen, im Heranführen an das Thema. Wir

versuchen - wie ich bereits in meiner Stellungnahme gesagt habe - dies als eine Geschichte des europäischen Geistes zu präsentieren und in die Entwicklung der europäischen Moderne mit einfließen zu lassen. Es ist ein Abenteuer gewesen, in dieses Gebirge zu siedeln, es fruchtbar zu machen, bis hin zu den industriellen und kulturellen Leistungen. Dazu kam das Abenteuer des Wieder-Wurzeln-Schlagens im Westen usw.. Diese Geschichte ist eine ganz seltene in der Entwicklung unserer europäischen Identität. Als solches ist sie zu präsentieren. Wir haben ein gemischtes Publikum: Die alteingesessenen Neugablonzer, die zu anderen Ausstellungen oder Anlässen kommen, als als die reifen Gruppen aus dem Kreise der Landsmannschaften. Letztere kommen v.a. im Frühling und Herbst mit Bussen zu uns. Wir haben auch andere Laufkundschaft, die z.B. bei der Gablonzer Industrie zu Besuch ist, um dort Geschäftskontakte zu knüpfen. Die werden dann zu uns geführt, um den historischen Hintergrund dieser Industrie kennen zu lernen. Weiterhin kommen Schulklassen oder ausländische Besucher. Es ist also ein sehr gemischtes Publikum, das wir mit unserer Geschichte und unserer Präsentation einfangen wollen.

Dr. Ulrike Lorenz: Ich werde jetzt das Spezielle unseres Museums noch einmal reflektieren. Wir hatten in unserer Geschichte m.E. nie ein so enges Verhältnis zu einzelnen Landsmannschaften, wie es Dr. Ronny Kabus geschildert hat. Der Vertriebenenverband sitzt bei uns im Stiftungsrat. Es gibt aber ein ganz konkretes Arbeitsinstrument, die Künstlergilde Esslingen, die das Museum 1966 als Stiftung zusammen mit dem Adalbert–Stifter-Verein aus der Taufe gehoben hat. Ein Nukleus unserer Sammlung sind die Sammlungen dieser Künstlergilde. Das sind also die vereinigten Künstler aller Sparten bzw. die Komponisten. Musik spielt auch eine Rolle. Sie ist vertrieben worden nach 1945. Es haben sich in dieser Künstlergilde auch im Laufe der Zeit stärkere Veränderungen ergeben. Wir stehen jetzt an einem sehr interessanten Scheidepunkt der Entwicklung.

Die Künstlergilde hat bislang und auch weiterhin das selbständige Recht zur Ausstellung. Wir bieten lediglich die Räume. Dafür gibt es ein „Marketinginstrument“, den Lovis-Korinth-Preis. In der Künstlergilde gibt es extrem engagierte bildende Künstler, die sozusagen die Leitung des Arbeitskreises Bildende Kunst übernommen haben. Es herrscht also Konsens zwischen uns, dass sich das Haus als Ostdeutsche Galerie sehr viel stärker in eine Kooperation einbringen möchte, d.h. von vornherein

schon im Arbeitsprozess den Ausgang mitbestimmen will. Wir bringen also unsere Fachkompetenz mit ein. Der Lovis-Korinth-Preis wird sich in den nächsten Jahren auch auf Mittelosteuropa ausweiten. Es ist noch etwas an Arbeit zu leisten, auch in der Überzeugung der Künstlergilde Esslingen sowie des Kunstforums Ostdeutsche Galerie. Das ist eine zukunftssträchtige Geschichte. Wir werden die Jahresausstellungen der Künstlergilde künftig gemeinsam mit Gästen erarbeiten. Da ist sozusagen auf der einen Seite eine Fokussierung auf die Künstlergilde in der Arbeit des Kunstforums und gleichzeitig eine Ausweitung des Blickes verbunden. Damit meine ich sehr konkret beantwortet zu haben, was unser Verhältnis zu der Bevölkerungsgruppe der Vertriebenen angeht.

Die Ausweitung des Personenkreises halte ich für eine Vorbedingung, um Museumsarbeit heutzutage professionell zu betreiben. Wir müssen mit der gesamten Gesellschaft umgehen, sonst kommen wir nicht weiter. Es beginnt sozusagen mit den Adressaten unserer Ausstellung bis zur Erschließung neuer Besucherklientel. Sonst sind wir als Museum nicht überlebensfähig. Das sind globale Probleme, nicht Probleme, die sich aus dem § 96 Bundesvertriebenengesetz ergeben. Es endet bei den Sponsoren, die wir natürlich verstärkt suchen müssen, weil die Förderungen des Staates nicht mehr ausreichend sind. Insofern halte ich es also für eine lebendige Museumsarbeit. Die Verlebendigung von Erinnerungen sehe ich als eine Grundlage der Arbeit.

Zu den Städtepartnerschaften: Es gibt eine Mission bei uns am Haus von der ich noch nicht definitiv weiß, ob sie sich in das nächste Jahr hineinragen wird. Es ist eine interessante Idee eines Mitarbeiters von mir, die schon seit eineinhalb Jahren im Raum schwebt. Wir würden gerne als Kunstforum Ostdeutsche Galerie eine Dependence von Regensburg in der Partnerstadt Pilsen mit einer zeitgenössischen osteuropäischen Kunstsammlung gründen. Das ist eine ausgezeichnete Idee, sie lässt sich aber schwer umsetzen.

Dr. Ronny Kabus: Der § 96 Bundesvertriebenengesetz ist - wenn auch schon in die Jahre gekommen - eindeutig definiert. Die Aufgaben eines Museums, sofern es sich als ein wissenschaftliches Museum versteht, sind nach dem Ethikkodex von ICOM auch klar definiert. Wir wollen so, wie es im § 96 Bundesvertriebenengesetz lautet, mit den musealen Mitteln und Möglichkeiten Geschichte und Kultur - in unserem Falle Ostpreußens – dem Gedächtnis des deutschen Publikums vermitteln und

bewahren. Dies gilt in gleicher Weise auch für das internationale Umfeld. Da haben wir seit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 sehr viel bessere Möglichkeiten. Das sind momentan unsere Stärken. Wir halten uns streng und eng an diese Aufgabe, allerdings mit den modernen Mitteln und Möglichkeiten.

Zur zweiten Frage: Eine Beschränkung auf die Vertriebenengeneration würde uns austrocknen. Wir wären eine tote Einrichtung, heute schon weitgehend und in Zukunft total. Die Aufgabe kann aus meiner Sicht darin bestehen, die Vertriebenen in dieser Erwerbskulturarbeit eng einzubeziehen. Sie können diese Arbeit aber nicht dominieren oder repräsentieren. Das ist eindeutig meine sachliche und fachliche Überzeugung. Ich darf das verdeutlichen: Als ich das Museum Anfang 1991 übernommen habe, befand es sich in einer nicht erfreulichen Situation. Es gab eine breite Ablehnung, die mir eisern entgegengeschlagen ist. Ich war vorher Museumsleiter in Helmstedt. Davor war ich viele Jahre Stellvertretender Museumsleiter und -direktor in der Lutherstadt Wittenberg. Ich habe also einige Erfahrung gehabt. Sowohl die Öffentlichkeit als auch die Vertriebenen haben das Museum, das dort gerade erst neu geschaffen worden ist, weitgehend abgelehnt. Als die Vertriebenen - ich darf das etwas salopp sagen - vom Lebensalter her noch vital waren, hatte das vorangegangene Ostpreußische Jagdmuseum weniger Besucher, als wir sie in unseren besten Zeiten mit über 30.000 Besuchern hatten und als wir sie heute noch mit über 20.000 Besuchern haben. In Folge der immer auch geringeren finanziellen Mittel, sind unsere Möglichkeiten natürlich stark zurückgegangen. Dass wir diesen Erfolg noch haben, beruht auf einer Neuorientierung der Arbeit. Selbstverständlich gilt unser Hauptaugenmerk nach wie vor den Vertriebenen. Wir wollen sie nicht nur als Besuchergruppen haben, wo sie immer weniger werden, wir wollen sie auch bei der Gestaltung von Ausstellungen haben. Wir haben Kunstausstellungen veranstaltet, mit Künstlern, die in Ostpreußen in der Königsberger Kunstakademie ihre Ausbildung gemacht haben. Die sind inzwischen alle verstorben. Wir haben Textilausstellungen mit Erlebnisgenerationen gemacht, die ihre Textilausbildung in Ostpreußen gemacht haben. Ich habe vor einigen Jahren mit meinen Mitarbeitern eine Initiative zur Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeiter gestartet, die bei Weitem nicht alle aus Ostpreußen kommen. Das war von großem Erfolg. Inzwischen haben wir 40 neue ehrenamtliche Mitarbeiter gewonnen. Ich kann nur bestätigen, dass wir ein ganz und gar ehrenamtlich geführtes Museum sind. Wir

werden ja vom Bund und vom Land Niedersachsen institutionell gefördert. Gleichwohl könnten wir ohne die ehrenamtliche Museumsarbeit sonntags und feiertags das Museum nicht öffnen, weil uns schlichtweg Museumsdienstleute fehlen. Die Orientierung muss eine neue sein. Ich darf ein Beispiel nennen. Wir schauen natürlich, in welcher Weise wir als ein Fremdkörper in der Region auf uns aufmerksam machen können. Es ist ja nicht so, dass wir ein Highlight mit unserem Thema der Kultur in Deutschland vertreten. Das dürfen wir uns nicht vormachen, sondern wir ringen natürlich sehr um die Besucher und allein der kulturelle und materielle Kultursubstanzverlust durch den Krieg ist äußerst groß. Dieser ist ja nicht gegenüber Museen der Länder der Bundesrepublik Deutschland wettzumachen, die auf eine 100jährige Museumssammlung verweisen können. Wir haben - wenn ich das mal andeuten darf - aus den berühmten staatlichen städtischen Kunstsammlungen in Königsberg ein einziges Objekt von 1600. Das ist das einzige großartige museale Objekt, das namhaft aus einem ostpreußischen Museum kommt. Wir haben vier Museen in Lüneburg. Die Schüler werden, soweit sie von ihren Lehrern in irgendeiner Weise verpflichtet sind, die Geschichte Deutschlands wahrzunehmen, in diese Regionalmuseen geführt - nicht vorrangig zu uns. Der Alltagstourist hat meist so wenig Zeit, dass er sich nicht unbedingt darum reißt, zu uns zu kommen. Insofern sind wir nach dem Deutschen Salzmuseum laut Besucherzahlen an zweiter Stelle der Lüneburger Museen. Wir sind ganz froh und durchaus auch stolz, dass wir z.B. das renommierte Museum für das Fürstentum Lüneburg hinter uns gelassen haben.

Im letzten Jahr ist uns eine Idee gekommen, die wir weiter fortsetzen möchten. Wir haben in Lüneburg die berühmten Sülfmeister Tage Anfang Oktober. Das ist ein sehr großes Stadtfest mit Umzug etc. Keines der Lüneburger Museen hat die Möglichkeit wahrgenommen, sich dort öffentlich darzubieten. Wir aber haben uns präsentiert, indem wir ein Hanseschiff mit echten Bernsteindrechslern auf dem Markt aufgebaut haben und die dort ihre Ware feilgeboten haben. Mit unseren Mannschaften, die mit den Ehrenamtlichen über 50 Personen umfasst, sind wir - 35 Personen, darunter die wissenschaftlichen Mitarbeiter als deutsche Ordensritter, waren in historischer Tracht bekleidet – auf dem Marktplatz am Oberbürgermeister vorbeigezogen, der ebenfalls historisch kostümiert war. Am nächsten Tag stellten wir u.a. auch in der Presse fest, dass wir selbst die jüngeren Leute unseres Museums begeistern konnten. 70.000

Menschen waren auf den Beinen. Das ist eine Werbefläche, dessen Kosten wir nie eigenständig decken könnten.

Michaela Hriberski: Es gibt hunderte von Heimatsammlungen und –stuben im deutschen Bundesgebiet. Es gibt den Versuch, auch in Nordrhein-Westfalen, aber eine vollständige Erfassung dieser Heimatstuben, die alle ehrenamtlich geleitet werden, liegt bislang nicht vor. Das ehrenamtliche Engagement ist enorm auf diesem Gebiet. Natürlich ist es bei zunehmendem Alter der Betroffenen schwierig, die Arbeit in dem Umfang weiter zu gewährleisten. Insbesondere die Öffnung für ein Publikum, wie das in der Vergangenheit war, kann nicht gesichert werden. Das stellt natürlich ein Problem dar. Es wirkt sich auf die Rezeption der übrigen Bevölkerung aus. Wenn Heimatstuben nur einmal pro Woche zwei Stunden geöffnet werden können, können sie im Bewusstsein der Bevölkerung nicht so wahrgenommen werden, wie Heimatstuben, die an mehreren Tagen geöffnet sind. Dies ist allerdings auch abhängig vom Einsatz und der Persönlichkeit des Leiters dieser Sammlung oder Heimatstube. Und davon, inwieweit sie vor Ort in die regionalen Kulturangebote eingebunden sind. Wir kennen Beispiele, wo sie positiv aufgenommen werden. Es kommt aber auch vor, dass sie in ihrer Gemeinde oder Stadt ein Nischendasein führen. Das kann man nur dadurch beheben, indem man mehr ehrenamtliche Kräfte gewinnt oder durch finanzielle Förderung eine stärkere Professionalisierung durchführt. Ein weiteres Problem kommt auf die Heimatsammlungen und –stuben zu, wenn die Leiter in ein Alter kommen, indem sie dazu nicht mehr fähig sind, aber auch kein Nachfolger zur Verfügung steht. Diese Problem ist bereits ans uns herangetragen worden. Wir sehen hier die einzige Möglichkeit, die Einrichtungen und Sammlungen in die örtlichen musealen Einrichtungen einzubringen oder in der Übernahme der Bestände durch die jeweiligen Landesmuseen. Es wäre gut, wenn hierzu eine verbindliche Vereinbarung getroffen werden könnte. Ich kann auf den Parallellfall von Archivalien verweisen, wo bspw. das Bundesarchiv oder die entsprechenden Landesarchive die Archivalien des Bundes der Vertriebenen und seiner Mitgliedsverbände, aufgenommen haben.

Die angesprochene Reduzierung auf einzelne Regionen halten wir für nicht angemessen, da sie der Vielfalt der Heimatgebiete nicht gerecht wird. Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen sind diejenigen, die man unter dem Oberbegriff „Deutsche aus Rumänien“ zusammenfassen kann. Banater Schwaben

und Siebenbürger Sachsen haben eine unterschiedliche Geschichte und unterschiedliche Mentalitäten. Wenn Sie zudem bedenken, dass es in Rumänien noch die Sathmarer Schwaben oder die Buchenlanddeutschen mit wiederum völlig andere Mentalitäten gibt, wird deutlich, dass es nicht einfach ist, die Geschichte und Kultur dieser Personengruppen unter einem Dach zusammenzufassen. Sogar zwischen Nord-Siebenbürger Sachsen und Süd-Siebenbürger Sachsen gibt es erhebliche Unterschiede, auch hinsichtlich Mentalität oder Religion. Das gleiche gilt für den schlesischen Bereich. Ich möchte erneut darauf verweisen, dass es wirklich sinnvoll wäre eine Einrichtung z.B. für den Bereich der Deutschen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion zu schaffen. Eine Einrichtung, die auch über die Kulturleistung der Deutschen im Zarenreich und über die Ansiedlungen und Auswirkungen im vorigen Jahrhundert Auskunft gibt. Ich wurde gefragt, ob wir an die Ausweitung des Personenkreises denken. Selbstverständlich. Der Auftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz kennt m.E. drei Adressaten: die Flüchtlinge und Vertriebenen, das gesamte deutsche Volk und das Ausland. Die Kulturarbeit der Vertriebenen ist ja kein Selbstzweck. Sie findet nicht statt zur Selbstbefriedigung in engen Zirkeln, sondern sie will andere über Geschichte und Kultur ihrer jeweiligen Vertreibungsgebiete informieren. Wir haben zunehmendes Interesse der Bevölkerung gerade seit Mitte der 1990er Jahre verzeichnen können, als in den ehemaligen früheren Staaten Jugoslawiens die Vertreibungen und auch ethnischen Säuberungen stattfanden. Zu der Zeit haben sich viele Personen in der Bundesrepublik Deutschland erstmals mit der Frage von Vertreibung und ethnischen Säuberungen befasst. Dann kam auch ein verstärktes Interesse an der Vertreibung der Deutschen und in der Folgezeit haben sich die Menschen gefragt, was die Deutschen da überhaupt gemacht haben; wieso sie im frühen Jugoslawien, in Rumänien oder Polen leben. So kam verstärktes Interesse auf und wir freuen uns darüber, dass an den vielen Maßnahmen, die unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter durchführen, immer mehr Personen der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen. Sie sind auch eingebunden in die Arbeit. Wir haben viele Funktionsträger in unseren Verbänden, die herkunftsmäßig nicht aus den Vertreibungsgebieten stammen, sondern einfach großes Interesse an dem Thema haben. Besonders für den kulturellen Bereich ist das der Fall.

MD Dr. Knut Nevermann: Was die Regionalisierung angeht, denke ich, ließen sich einige Differenzierungen durchaus noch begründen. Bei den Sudeten war das Problem, dass der Albert-Stifter-Verein, den wir finanzieren, kein wissenschaftliches Institut oder Museum ist. Er ist eine Art Kulturvermittlungsagentur, die relativ breit arbeitet und von der wir meinten, dass vor dem Hintergrund vorhandener bayerischer Einrichtungen das Gebiet eigentlich hinreichend repräsentiert ist. Das war von vornherein eine ganz fremde Institution bei uns. Wir meinten, das müsse jetzt reichen. Bei den Russen fällt auf, dass kaum eine Entzerrung von ethnischen und regionalen Gegebenheiten vorliegt. D.h. man kann kein Siedlungsgebiet ausmachen, das nun besonders typisch und wichtig ist. Die Streuung ist breiter. Aber ein Regionalmuseum daraus zu machen, wäre m.E. nicht in Ordnung. Was die Balten angeht, gibt es in Lüneburg seit Langem Bemühungen und Interessen eine baltische Sammlung anzulegen. Zurzeit ist man dabei, möglicherweise aufgrund eines relativ großen Schrittes der Erweiterung in Lüneburg, auch dieses Thema mit abzuhandeln. Das ist aber noch nicht ganz gesichert. Es gibt mir jedoch die Möglichkeit zu folgendem Hinweis: Neben den im Wesentlichen gleich gebliebenen, wenig gekürzten Zuwendungen institutioneller Art darf nicht in Vergessenheit geraten, dass wir auch noch an einer Reihe von Baumaßnahmen in den Museen beteiligt sind, v.a. in Görlitz, Greifswald und möglicherweise bald auch in Lüneburg. Das kostet auch wieder Geld. Man darf jetzt also nicht nur auf das Geld gucken, was in den Betrieb geht, sondern auch auf das, was wir investiv für die Zukunft in die Hand genommen haben. Ich halte nach wie vor die fünf Schwerpunkte, die wir gebildet und zum größten Teil auch vorgefunden haben, für richtig; auch, dass man sich auf die museale und die wissenschaftliche Arbeit konzentriert.

Zum finanziellen Engagement von Bund, Ländern und Kommunen stehen wir nach wie vor nicht schlecht da. Wir haben seit 2001 oder 2002 nichts mehr verändert und auch erklärt, dass Planungssicherheit für die Zukunft bestehe. Insgesamt haben wir in den Bereich der Vertriebenenförderung eingegriffen. Wir haben aufgrund einer politischen Entscheidung zu Gunsten anderer abgebaut. Seit 1998 sind die Museen nicht verändert worden. Dann gab es diese berühmten drei Prozent. Was wir eingespart haben, haben wir mit dem Begriff „Selbstreferenziellen“ zusammengefasst. Dafür bitte ich um Verständnis. Als wir angefangen haben, gab es eine Reihe von Institutionen und Aktivitäten, deren Sinn uns nicht unmittelbar

einleuchtend schien: Diese beiden Stiftungen, Kulturstiftung und ostpreußische Stiftung, Künstlergilde in Esslingen, Kulturreferenten, die praktisch die Verbandsarbeit der Landsmannschaften betrieben haben. Alles dieses haben wir eingestellt, zugleich aber eine neue Institution geschaffen, die eine etwas breitere und gerade auch vermittelnde Aufgabe hat, nämlich das Kulturforum in Potsdam. So haben wir auch da etwas Neues, Frischeres geschaffen. Das funktioniert auch ganz gut funktioniert. Wir haben eben Ziele, uns an die allgemeine Öffentlichkeit zu wenden, im internationalen Bereich mitzuspielen und auch für Schulen Materialien zu erarbeiten, um eine breitere Erkenntnis dieser wichtigen Geschichte hinzubekommen.

MR Johannes Lierefeldt: Das Land Nordrhein-Westfalen hat seit der Wende von 1990 bis 2002 52 Millionen DM in die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz investiert oder umgerechnet 26,9 Millionen Euro. Ab 2003 haben wir die Förderung konzentriert. Wir geben pro Jahr noch 1,8 Millionen Euro aus, haben aber nach dem Motto „Lieber Qualität als Quantität zu fördern“ fünf Schwerpunkte gebildet. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert zurzeit das Gerhard-Hauptmann-Haus als große Einrichtung. Mit einem Betrag von über 800.000 Euro pro Jahr spielt sie im Ost-West-Dialog eine große Rolle. Wir fördern, entgegen den Äußerungen, die eben kamen, das Oberschlesische Landesmuseum jährlich mit 500.000 Euro, haben allerdings dem Oberschlesischen Landesmuseum den Auftrag erteilt, als Geschäftsführungsstelle für die Realisierung des Freundschaftsvertrages zwischen Nordrhein-Westfalen und Schlesien zu fungieren. Dort kann also nicht nur Museumsarbeit gemacht werden, sondern sie sind auch verpflichtet, bei den Projekten, die das Land mit Polen in diesem kulturellen Freundschaftsdialog führt, geschäftsführend tätig zu sein. Daneben legen wir Wert darauf, dass die beiden Patenschaften, die das Land Nordrhein-Westfalen eingegangen ist, mit den Siebenbürger Sachsen und den Oberschlesiern, pro Jahr gefördert werden. Dort geben wir Personalzuschüsse. Das übrige Geld geben wir ganz bewusst in den internationalen Schülerwettbewerb, den unser Sozialministerium mit dem Schulministerium und Ländern wie Polen, Sowjetunion, Ukraine, Estland, Lettland, Litauen jedes Jahr durchführt. Dieses Jahr haben 5.000 Schüler an diesem Wettbewerb teilgenommen, davon 1.400 aus Estland, Lettland, Litauen, Ukraine, Polen, Russland, Weißrussland, Rumänien. Wir meinen, dass diese Ausrichtung,

Menschen anzusprechen und diese Kulturwerte zu vermitteln, wichtiger ist, als noch irgendwelche Heimatstuben zu fördern. Aber um die Heimatstuben nicht ganz zu kurz kommen zu lassen (wir haben 58 in Nordrhein-Westfalen), haben wir angeregt, einen Verein zu gründen. Dieser Verein „Arbeitsgemeinschaft Heimatstuben“ wird von uns noch indirekt gefördert, da wir als Ministerium dem Direktor des Gerhard-Hauptmann-Hauses die Verpflichtung aufgetragen haben, per Erlass als Vorstandsvorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft zu fungieren. Als zuständiger Referatsleiter akzeptiere ich, dass einer der Sacharbeiter dieser Einrichtung auch für die Heimatstuben tätig wird, damit es nicht nur am Ehrenamt hängt. Wir fordern aber das Ehrenamt. Vor drei Wochen hatten wir gerade eine Versammlung mit diesen 58 Heimatstuben und damit auch den entsprechenden Einsatz. Wir sind also bereit, über das Gerhard-Hauptmann-Haus die Infrastruktur sicherzustellen, aber wir legen mehr Wert darauf, die Schwerpunkte (Gerhard-Hauptmann-Haus, Oberschlesisches Landesmuseum und Schülerwettbewerb) zu fördern, weil wir uns vorstellen können, dass auf die Art und Weise der Gedanke des § 96 Bundesvertriebenengesetz eher in die Zukunft und in ein vereintes Europa transferiert werden kann, als durch die Förderung von Heimatstuben.

Dr. Walter Rösner-Kraus: Die Frage nach der Förderpraxis hat zwei Aspekte: einen finanziellen und einen politischen. Ich beginne mit Letzterem. Bayern unterhält zwei Obhutsverhältnisse. Zum einen die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen, zum anderen die Patenschaft für die Ostpreußen. Darüber hinaus haben wir über 100 kommunale lebendige Patenschaften. Unser Schul- und unser Wirtschaftsministerium engagieren sich breit auf dem Felde des § 96 Bundesvertriebenengesetz. Das beginnt bei der bayerischen Akademie für Lehrerfortbildung, geht über Richtlinien „Deutschland im Unterricht“, die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn bis zum erfolgreichen Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“. Eines ist für uns in Bayern von zentraler Bedeutung: An die Landschaften erinnern und die Menschen ausgrenzen funktioniert nicht. Wir arbeiten zusammen. Deswegen möchte ich etwas aufgreifen, was Dr. Kabus gesagt hat. Die Vertriebenen dürfe man nicht dominieren oder repräsentieren lassen. Man darf nicht nach der Herkunft, sondern muss nach der Professionalität der Beteiligten an ihrem jeweiligen Platz beurteilen. Das ist der einzige Maßstab. Wir fördern verschiedene Zweige: Die institutionelle Förderung für Archive, Institute,

Akademien; Wir fördern Projekte grenzüberschreitender sowie inländischer Art. Gerade jetzt geht eine große Forschungsreihe, die größte ihrer Art in der Bundesrepublik Deutschland, die seit dem Jahr 1990 läuft, zu Ende: Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge. Bayern war Hauptprofiteur der Veränderungen nach 1945. Wir haben im grenzüberschreitenden Bereich einige große Investitionen getätigt. Im Rahmen der Patenschaft für die Ostpreußen und im Rahmen der Minderheitenarbeit haben wir im früheren Ostpreußen, im polnischen Teil, an allen Standorten mit Hilfe der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit eine Begegnungsstätte errichtet. Der größte Teil kommt dabei von bayerischer Seite. Mit großer Genugtuung können wir feststellen, dass dieses Haus nicht nur die ihm zugedachte Aufgabe erfüllt, sondern zu einem Scharnier der deutsch-polnischen politischen Begegnung geworden ist. Es ist ein ruhender Faktor im Auf und Ab der politischen Geschehnisse der letzten Zeit. Im Rahmen der Minderheitenarbeit in Ordesa haben wir ein bayerisches Haus errichtet, das sich inzwischen amortisiert. Das Haus ist der Eigenbewirtschaftung absolut nahe gekommen, hat 70 Mitarbeiter. Allein durch den Sprachunterricht erwirtschaftet es in diesem armen Land zig Tausend Euro und stellt für den Transformationsprozess im Lande, insbesondere in der Schwarzmeerregion, einen wichtigen Faktor dar. Wir haben im Rahmen der Sudetendeutschen eine enge Zusammenarbeit mit Tschechen auf allen Ebenen. Ich möchte gerne, weil Herr Liebermann den Punkt dankenswerterweise angesprochen hat, die Frage eines sudetendeutschen Museums aufgreifen. Die finanziellen Schwierigkeiten kennen wir alle. Auch die Vorgeschichte ist uns bekannt. Aber beachten Sie, die Sudetendeutschen sind die Volksgruppe mit den meisten binnendeutschen Nachbarschaften. Eine ganz heterogene Volksgruppe mit schlesischen, obersächsischen, fränkischen und bayerischen Einflüssen. Ein Egerländer und ein Sudetendeutscher etwa verkörpern ganz verschiedene Welten. Das erklärt auch, warum wir regionale Museen dieser Art zurzeit vorfinden. Eine besondere Herausforderung ist aber ein zentrales sudetendeutsches Museum als die größte substanzerhaltende Maßnahme dieser Volksgruppe. Eine Dauerrepräsentation also aus Herkunft Kultur, Geschichte, Zusammenleben, Vertreibung, Neuanfang. Neuanfang auch im Verhältnis zu dem tschechischen Nachbarn. In Frage käme das Sudetendeutsche Haus in München, dessen verzweigte vielseitige Einrichtung dadurch Gradation und Dauer bekäme. Denn eins ist klar: Man kann sich einem

sudetendeutschen Museum nur außergewöhnlich nähern oder gar nicht. Das hängt damit zusammen, dass die Lage, wo das Haus errichtet werden könnte, in der absolut höchsten Konkurrenz in München, in Gasteig, ist. Da ist die Philharmonie, da ist geballte Kultur. Das andere ist natürlich das komplexe Verhältnis zum tschechischen Nachbarn. Hier kommt ein interessanter Gesichtspunkt dazu. Das deutsch-tschechische Gesprächsforum, dem unsere Ministerin, Christa Stewens (CDU/CSU) angehört, hat in den letzten Jahren eine Gruppe von Minderheiten unterhalten. Hier hat man nach langer Durststrecke ein Gesprächsklima, das auch interessante weitere 400 Fragen aufgreift. Hier ist ebenfalls die Frage aufgekommen, ob man nicht von deutscher und tschechischer Seite eine museale Annäherung finden könnte. Wenn man das aufgreift, könnte ein solches Museum, das möglicherweise einen Partner in der tschechischen Republik hat, das spannendste Museum in der Mitte Europas sein. Das sind hochinteressante Perspektiven. Auf jeden Fall steht fest, in der Zukunft brauchen wir ein Kompetenzzentrum. Wir brauchen vor allem, wenn die Wissensträger zurückgehen, auch die Kooperation mit der tschechischen und der polnischen Seite, eigentlich mit allen. Darauf sind wir angewiesen. Wir brauchen leistungsfähige Institutionen im eigenen Land. Wir bemühen uns sehr darum und wir hoffen, auch mit dem Bund hier an einem Strang zu ziehen.

Dr. h.c. Johannes Zehetmair (SV): Nachdem der Vertreter der „weißen“ Staatsregierung ebenso vehement das dargelegt hat, muss ich das, was ich zunächst bringen wollte, nicht mehr bringen. Ich bin auch von deren Richtigkeit überzeugt. Daher meine Frage an Michaela Hriberski und Dr. Posselt. Auch Dr. Kabus hat mit seinem Beispiel von dem Sulf(Salz)meister Tage ein eindrucksvolles Beispiel genannt. Wir haben im § 96 Bundesvertriebenengesetzes das Kulturgut der Vertreibungsgebiete bezogen auf Flüchtlinge, Vertriebene, deutsches Volk einschließlich Archive, Museen, Bibliotheken. Das kenne ich. Dann haben wir bei Bund und Ländern Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben und wir haben die alte Entwicklung der Kultur und die Weiterentwicklung der Kulturleistung der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Welche Vision verbinden Sie mit diesem Teil des Satzes? Ich denke, die eben gemachten Ausführungen von Dr. Rösner-Kraus haben deutlich gemacht, welche Zukunftsperspektive Sie haben können und haben müssen. Noch lieber würde ich sagen, nicht sie, Vertriebene in

der Nostalgie, sondern wir, das deutsche Volk insgesamt. Ich war so lange für Museen mitverantwortlich, dass meine Perspektive in Bayern auch gelautet hat: Keine neuen Museen mehr, es gibt schon genug (1500). Es geht um konzeptionelle Verbesserung, qualitative Orientierungen oder in dem Bereich gelegentlich auch um die Frage der Neuorientierung. Wie lauten da Ihre Visionen für die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“?

Olaf Zimmermann (SV): Ich habe zwei Fragen aus der Schnittstelle zwischen Bund und Ländern. Dr. Kabus hat in seinem Eingangsstatement von Schwierigkeiten mit seinem Sitzland gesprochen ohne das genauer auszuführen. Ich wüsste gerne, was Sie damit gemeint haben? Und wenn Dr. h.c. Zehetmair es mir erlaubt, werde ich versuchen in seinen Hoheitsbereich einzutreten und Dr. Lorenz und Dr. Posselt fragen, wie denn die Zusammenarbeit mit Ihrem Land aussieht. Meine nächste Frage richtet sich an die Gäste. Bei der ganzen Debatte, die wir um die Entflechtung führen, welche Auswirkungen hat diese auch auf § 96 Bundesvertriebenengesetz? Gibt es überhaupt Auswirkungen oder gibt es keine? Welche Auswirkungen vermuten Sie? Ich nehme Bezug auf MR Johannes Lierenfeldt zur konkreten politischen Aufgabe eines Museums. Ich wüsste gerne von MR Dr. Rösner-Kraus, ob es auch in Bayern etwas Vergleichbares gibt. Wo sind solche politischen Aufgaben übertragen worden? MD Dr. Nevermann, sind auch auf der Bundesebene diese politischen Aufgaben übertragen worden?

Professor Dr. Wolfgang Schneider (SV): Ich habe Erläuterungsbedarf? Ich gehöre auch einer Generation an, die das etwas anders sieht. Es wird eher auf die Spezialisierung als auf die Separatisierung Wert gelegt. Es geht doch – ich spreche noch einmal diese Konferenz am Wochenende - mehr um integrative Prozesse. Ich selbst habe auch andere Erfahrungen. Ich bin z.B. mit Egerländern groß geworden, die sich sehr schnell integriert haben. Trotzdem feiern sie jedes Jahr ihre Kirwa. Das ist Bestandteil einer kommunalen Kultur. In Bezug auf diese Integration – wenn Sie sagen, die Heimatstuben, oder die, die Sie im Moment noch tragen, sterben aus - müsste es doch eine Strategie geben. Sie haben aus Nordrhein-Westfalen ein Beispiel genannt. Es müsste eine Strategie in Bezug auf Integration in Stadt- und Landesmuseen geben, weil das ein Stück Kultur in Deutschland ist. Darüber möchte

ich gerne mehr wissen, insbesondere von den beiden Museumsdirektoren. Wie sehen Sie dabei Ihre Rolle?

Wir beschäftigen uns in anderen Zusammenhängen sehr intensiv mit kultureller Bildung, also der Vermittlung des kulturellen Erbes. Dazu würde ich die Vertreter der Ministerien gerne fragen, inwieweit die Aspekte kultureller Bildung in Ihren Zuwendungen berücksichtigt werden. Wie wird dieses Ziel verstärkt und zukünftig gepflegt, nicht auf diese Separatisierung zu rekurrieren, sondern zu schauen, dass hier etwas an Generationen vermittelt wird, die nicht nur der Erlebnisgeneration, sondern auch der nachfolgenden Generation angehören?

Dr. Martin Posselt: Ich finde das Stichwort „integrative Leistung“ sehr gut. Unterschiedliche Ansätze zu bündeln ist genau das, was ich versuche und was eigentlich auch gelingt. Z.B. das Interesse einer Kommune zu bündeln, die einen großen Stadtteil hat, der von Vertriebenen aufgebaut wurde; das Interesse der Isargebirgler, einen Ort zu haben, wo sie ihre eigene Geschichte wieder finden können. Das ist psychologisch gesehen ein ganz wichtiger Punkt, den ich auch gegenüber der tschechischen Seite unterstreichen möchte. Die tschechischen Gesprächspartner suchen auch einen Ansprechpartner, mit dem sie dauerhaft kommunizieren können. Sie suchen nicht nur Wissenschaftler, die über Vertriebene nachdenken, sondern auch Ansprechpartner, zu denen sie sagen können, ihr ward diejenigen, die früher einmal mit uns zusammen gelebt haben. Das wird durch den Generationenwechsel immer schwieriger. Da können solche Kompetenzzentren, Museen, Archive etc. eine Hilfestellung sein. Die, die sich aus der jüngeren Generation für die Thematik interessieren, finden einen Ansprechpartner, ein Gedächtnis vor und können sich mit den tschechischen Gesprächspartnern, aber auch mit der eigenen Herkunft auseinandersetzen. Ich gehöre selbst dazu. Mein Vater ist Gablonzer. Ich habe, anders als Dr. Kabus, die Erfahrung gemacht, dass die Zusammenarbeit zwischen unserer hauptamtlichen, sehr qualifizierten Museumsleiterin, den ehrenamtlichen Mitarbeitern und Vertretern am Ort, also dem gesellschaftlichen Leben in Kaufbeuren und den Fördereinrichtungen, gut ist und ständig besser wird. Wir arbeiten seit eineinhalb Jahren genau an diesem Prozess. Ein Museum muss heutzutage einfach interessant sein, das haben meine Kollegen

vorhin auch schon gesagt. Wir leben in einer Erlebnisgesellschaft. Wenn das Museum langweilig ist, geht keiner hin. Dem müssen wir uns stellen.

Die Vorsitzende: Frau Dr. Lorenz, wie ist Ihre Zusammenarbeit mit Ihrem Sitzland?

Dr. Ulrike Lorenz: Unser Sitzland ist der Freistaat Bayern. Ich kann da nur kongenial auf MR Dr. Rösner-Kraus antworten: Es hat zwei Aspekte. Einen politisch-ideellen und einen finanziellen. Zum finanziellen Aspekt: Wir haben eine Dreierfinanzierung in Regensburg: Der Bund trägt knapp 50 Prozent, abhängig vom Anteil Regensburgs. Die Stadt Regensburg trägt 30 Prozent, d. h. die Personalkosten. Wir haben den Vertrag mit dieser Stadt seit 1998. Er umfasst also auch die Erhöhung der Personalkosten. Demzufolge erhöht sich tendenziell der Beitrag Regensburgs und der des Freistaats Bayern ist mit 20 Prozent der Kleinste im Bunde. Im Grunde bin ich zufrieden mit dieser Finanzierung, bis auf die Grundsatzgeschichte: Der Anteil des Bundes verringert sich, wenn der Anteil der Stadt steigt. Durch die Veränderungen der sozialen und politischen Rahmenbedingungen, durch die Erhöhung der Personalkosten und der Fixkosten, durch das, was uns sozusagen etwas die Lebensader abschneidet, verringern sich die operativen Mittel. Aber nur mit den operativen Mitteln können wir arbeiten. Ich könnte mir durchaus eine engere Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern im Hinblick auf die Kooperation mit der Künstler-GDS (Stichwort: Globus Korinthpreis) vorstellen. Die zweite Sache ist für mich noch wichtiger, da ich mich am Anfang meiner Arbeitsphase in Regensburg befinde. Wir stehen vor einem Umschwung im Selbstverständnis, der mit der neuen Konzeption für das Haus zu tun hat. Das Haus hat lange Zeit an einer Konzeption, die ihren Bildungsauftrag erfüllt hat, festgehalten. Jetzt haben wir einen Aufbruch zu bewältigen, den ich in gewisser Weise mit meinen Mitarbeitern umsetze. Es geht um eine Neukonzeption, sozusagen um ein Neudenken im Umgang mit unserer Sammlung. Eine Schausammlung, die sich im nächsten Jahr formulieren wird. Ich spüre aus Richtung des Freistaates eine ganz starke Rückendeckung, die es mir wiederum ermöglicht, vor Ort die konkreten Probleme bis ins letzte Glied besser zu bewältigen. Das möchte ich unterstreichen und dafür bin ich dankbar.

Die Vorsitzende: Dr. Kabus. Was sind Ihre Visionen und wie ist die Zusammenarbeit mit Niedersachsen?

Dr. Ronny Kabus: Es ist ein Punkt im Hinblick auf die Konzeption der Bundesregierung angesprochen worden, der uns derzeit von allem mit am Stärksten bewegt. Es geht um die dort zum Ausdruck gebrachte Erweiterung unseres Museums um eine deutsch-baltische Abteilung. Dabei geht es auch um eine Mitteleinsparung, in dem die Geschichte und Kultur der Deutschen im Baltikum nicht separat, sondern infolge der politischen, kulturellen und geografischen Nähe beider Themen und Gegenstände in einem Museum dargestellt werden sollen. Das ist in dem gegenwärtig Vorhandenen nicht möglich. Durch Zufall oder durch göttliche Fügung - je nachdem wie man es sehen will - ist aber ein seltener Fall eingetreten. Dort, wo eine Bank und ein Museum nebeneinander existieren, geht - wenn etwas zugrunde geht - meist das Museum zugrunde. In diesem Fall war es umgekehrt. Die Bank existiert nicht mehr und ab September 2005 wird ein wunderschönes Bundesbankgebäude – zur gleichen Zeit gebaut wie unseres – frei. Wie MD Dr. Nevermann vorhin andeutete, gibt es ernsthafte Bemühungen des Bundes, dass wir diese Erweiterung dort erreichen, um eine deutsch-baltische Abteilung einzurichten. Ich will die Beteiligung Niedersachsens, um die es geht, hier nicht klein reden. Sie ist sehr schätzenswert. Der Bund erwartet natürlich eine adäquate Beteiligung des Landes an der Meisterung einer solchen Aufgabe. Darum ringen wir gegenwärtig und hoffen, dass es uns gelingt. Das ist unsere Vision.

Die angesprochene Integration der Museen in Stadt und Region ist unabdingbar. Dort, wo sich Museen mit unseren Themen in der Diaspora befinden und naturgemäß nicht das unbedingte vorrangige Interesse der ansässigen Bevölkerung und auch der Touristen finden, müssen wir Anknüpfungspunkte finden. Das haben wir in der Vergangenheit ein paar Mal mit Erfolg versucht, indem wir mit der Lüneburger Stadtarchäologie zusammen gearbeitet haben. Wir haben in diesem Jahr eine sehr schöne Ausstellung zu dem vielleicht skurril klingenden Thema „Tabak- und Tonpfeifen im südlichen Ostseeraum und in Schlesien“ gemacht. Das war etwas, was auch den Lüneburger Raum betroffen hat und wo wir viele polnische Museen als Partner bei der Beteiligung an dieser Ausstellung oder einer Ausstellung gewonnen haben. Dies hat sich auch im Hinblick auf die Zukunftsvision für uns günstig gestaltet. Lüneburg hat eine Städtepartnerschaft zu Tatu/Dorpat in Estland. Wir haben zusammen eine Ausstellung in unserem Haus gemacht, in der die kulturelle

Entwicklung dieser beiden Städte im Norden Europas vorgestellt wurde. Ich hatte die Stadtfeste erwähnt. Was bei uns auch wunderbar läuft, sind die allenthalben zu einer Marke gewordenen Museumsnächte. Das ist etwas, wo wir mit vier, fünf Einrichtungen in Lüneburg zusammen arbeiten und außerordentlich großen Erfolg haben. Wir locken in einer Nacht innerhalb von vier Stunden 6.000 bis 7.000 Besucher in die Häuser.

Michaela Hriberski: Kultur und Geschichte der Deutschen ist ja auch die Kultur und Geschichte unserer östlichen Nachbarn. Deswegen vermerken wir auch ein zunehmendes Interesse gerade der jüngeren Bevölkerung in den früheren Heimatgebieten der Deutschen. Dort, wo auch die Erinnerung an das Deutsche kurz nach dem Krieg ausgelöscht wurde, ist dieses Interesse umso virulenter. Ich erinnere nur an Königsberg oder Kaleningrad, wo auch junge Leute fragen, was denn vor 1945 war. Ich glaube, dass wir auch unseren Nachbarvölkern schuldig sind, auf diese Dinge eine Antwort zu finden und wir würden uns wünschen, dass wir über den Austausch, über Kultur und Geschichte unserer Heimatgebiete und der Gebiete unserer Nachbarvölker zu einem guten Miteinander mit diesen Völkern kommen. Das ist unser Wunsch und das wird auch praktiziert. In tausenden von Begegnungen funktioniert das ausgezeichnet. Das wird auf höherer Ebene oft gar nicht wahrgenommen. Dort entstehen Probleme, aber in den Begegnungen von Mensch zu Mensch muss man sagen, dass wir hier schon viel weiter sind, als die Politik es manchmal gestattet.

MR Johannes Lierenfeldt: Ein Punkt der Entflechtung ist auch direkt eine Replik auf eine Darstellung, die eben von Michaela Hriberski kam. Bereits im Jahre 2000 haben der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung getroffen, wonach Nordrhein-Westfalen die Stiftung Oberschlesisches Landesmuseum alleine weiterfördert. Dafür ist Nordrhein-Westfalen aus der Förderung der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne ausgestiegen. An diesen Beispielen wird deutlich, dass man durch Entflechtung mehr Input hinein gegeben hat. Beide sind noch in den entsprechenden Aufsichtsgremien vertreten. Dadurch, dass das Land Nordrhein-Westfalen bei der Martin-Opitz-Bibliothek nicht mehr in der Förderung ist und wir uns stattdessen auf das Oberschlesische Landesmuseum konzentriert haben, können Bund und Land sich auch gegenseitig mobilisieren. Zur Frage von Professor Dr.

Wolfgang Schneider (SV) wie unsere Arbeitsplanungen in Form von Zielvereinbarungen laufen: Wir haben sowohl das Gerhard-Hauptmann-Haus, als auch das Oberschlesische Landesmuseum, beides Stiftungen, verpflichtet, uns nicht nur jedes Jahr Wirtschaftspläne vorzulegen, sondern auch Arbeitsschwerpunktpläne. Diese Pläne gehen wir dann regelmäßig in Vorstandssitzungen mit den Gremien durch und legen Wert darauf, dass völkerverständigende und grenzüberschreitende Projekte entsprechend enthalten sind. Ein Beispiel: Wir haben in diesem Jahr mit der Stiftung Gerhard-Hauptmann-Haus eine deutsch-russische Kulturtagung von zwei Wochen veranstaltet. Dort haben wir Deutsch-Russen aus verschiedenen Regionen Nordrhein-Westfalens zusammen gebracht. Es ist auch gelungen, junge Leute anzusprechen. Allerdings sprechen sie junge Leute nicht an, indem sie über Geschichte reden, sondern nur, indem sie Musik, Tanz und Veranstaltungen bieten. Das haben wir getan. Dann haben wir, da das Oberschlesische Landesmuseum durch den Freundschaftsvertrag zwischen Nordrhein-Westfalen und Schlesien auf Polen fixiert ist, das Gerhard-Hauptmann-Haus verpflichtet, mehr in die anderen Bereiche zu wirken. Wir haben z. B. im vorigen Monat eine Literaturveranstaltung mit kroatischen, serbischen und deutschen Autoren über fünf Tage gemacht. Dort haben wir uns erlaubt, nicht nur eine Brückenfunktion im Rahmen des jetzigen Europas, sondern auch in Richtung Kroatien und Serbien zu schlagen. Das haben sowohl die Serben als auch die Kroaten positiv angenommen. Einige dieser Literaten haben z.B. geäußert, dass sie jetzt zum ersten Mal wieder zusammen gekommen sind, denn Kroatien und Serbien haben unterschiedliche Wege entwickelt. Auch dort leben deutsche Minderheiten. Wir bewegen uns also noch im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetz und wir bemühen uns für das nächste Jahr den Bogen in Richtung Estland, Lettland, Litauen und Ukraine zu schlagen und auch dort Literaten und Schriftsteller nach Düsseldorf zusammen zu holen. Diese Veranstaltung führen wir dann regelmäßig in Kooperation mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, dem Kulturred der Stadt Düsseldorf und mit je einem Träger im Herkunftsgebiet durch. Diese Veranstaltungen sind also für alle, auch für jüngere Leute, interessant. Regelmäßig nehmen auch Studenten und Interessierte teil, nicht nur die Erlebnisgeneration. Daher meine ich, wenn man die Kulturpolitik nach § 96 Bundesvertriebenengesetz wirklich mit Blick auf die Zukunft betreibt, muss man den Kontext Europa sehen und versuchen, verschiedene europäische Regionen unter

diesem Dach des § 96 Bundesvertriebenengesetz zusammenzubringen und den Dialog zu fördern, dann hat § 96 Bundesvertriebenengesetz eine Chance.

MR Dr. Walter Rösner-Kraus: Zum Thema Entflechtung: Ein Ländergremium der zuständigen Beamten zu § 96 Bundesvertriebenengesetz hat letztes Jahr unter bayerischem Vorsitz in Berlin getagt. Wir haben uns etlichen Fragen gewidmet, auch dem Thema Entflechtung. Alle Vertreter waren der gleichen Meinung, dass Entflechtung im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetz nicht sinnvoll ist. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Es kann sein, dass größere Vorhaben nicht mehr allein zu leisten sind. Es gibt andere Gründe, wenn ich meine eigene Arbeit ansehe. Co-Finanzierungen mit dem Bund erlauben mir, die entsprechenden Sätze auch stabil zu halten. Sie werden nicht zur Disposition gestellt. Das war übereinstimmende Ländermeinung, entscheidend ist, was die Politik beschließt. Was die politischen Aufgaben betrifft, unterhält Bayern eine ganze Reihe von zwischenstaatlichen Kommissionen. Für uns ist es eine selbstverständliche Aufgabe, in diesen Kommissionen auch die Arbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz, sofern Aktivitäten vorzuweisen sind, einzubringen. Hier wird in jedem Fall nur einvernehmlich von beiden Seiten beschlossen. Infolgedessen haben wir hier tatsächlich ein wegbereitendes Instrument und eine gute Entwicklung.

Das kulturelle Erbe ist eine wichtige Frage. Professor Dr. Schneider (SV) fragte nach den Adressaten. Der § 96 Bundesvertriebenengesetz gibt das vor. Er nennt die Vertriebenen, er nennt aber das gesamte deutsche Volk und er nennt das Ausland. Die Aufgabe vor der wir stehen, um die Arbeit wirksam zu machen, heißt, die „Nische“ aufzubrechen. Wir müssen aus der Nische heraus. Wir müssen auch die beiden anderen Adressaten endlich gebührend und stark ins Auge fassen. Die Politik kann insofern dabei helfen als sie den Bereich des § 96 Bundesvertriebenengesetz nicht länger als Stiefkind behandelt. Ein großes Problem umgibt uns alle: Unser Produkt hat keinen Namen. Förderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz ist zwar eine sehr exakte Bezeichnung, aber kein Mensch kann sich etwas darunter vorstellen. Es erreicht unsere Adressaten, d.h. das ganze Volk, nicht. Bei Vertriebenenkulturarbeit kommt der Aufruf „ja, gibt es die denn noch?“ und dann erfolgt Distanz. Ostdeutsche Kulturarbeit. Durch die Wanderung des Namens denken die Leute: „Was? Jetzt fördern wir immer noch die neuen Länder?“, d. h. wir haben

keine sprachliche Bezeichnung und dringen nicht in die Herzen ein. Das beginnt aber im Kopf.

Zwischenruf: Haben Sie eine Idee für einen neuen Namen?

MR Dr. Walter Rösner-Kraus: Nein. Das Aufgabengebiet heißt Akzeptanz der Aufgabe in der breiten Bevölkerung.

Die Vorsitzende: Das war ein interessanter Abschluss dieser Anhörung. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Sachverständigen bedanken und auch bei den Vertretern der Länder. Wir werden die Ergebnisse dieser Anhörung intern beraten und auf der Grundlage der Bestandsaufnahme, zu der Sie uns mitverholfen haben, dann unsere Empfehlungen abgeben.

Sitzungsende: 15.30 Uhr

Gitta Connemann MdB

Vorsitzende